©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DANIEL KOSTHORST

SOWJETISCHE GEHEIMPOLITIK IN DEUTSCHLAND?

Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964

Am Donnerstag, dem 15. Oktober 1964, warteten Millionen Leser in der Sowjetunion vergeblich auf ihre Zeitung. Statt zur gewohnten Abendstunde erschien die „Iswestija", das Organ der sowjetischen Regierung, erst am nächsten Vormittag, gemeinsam mit der Parteizeitung „Prawda". Beide Blätter zeigten denselben Aufmacher. Neben zwei großformatigen Porträts von Leonid Breschnew und Andrej Kossygin präsentierten sie die folgende Meldung: „Am 14.10. d.J. fand ein Plenum des ZK der KPdSU statt. Das Plenum erfüllte die Bitte des Genossen N.S. Chruschtschow, ihn von den Pflichten als 1. Sekretär des ZK der KPdSU, als Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU und als Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR in Verbindung mit seinem fortgeschrittenen Alter und der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes zu entbinden. Das Plenum des ZK der KPdSU wählte den Genossen L.I. Breschnew zum 1. Sekretär des ZK der KPdSU."[1]

Das westliche Ausland wurde von dieser Nachricht nicht weniger überrascht. Allerdings war man dort einige Stunden früher informiert[2]. Bereits am Vorabend war gegen 22 Uhr die zitierte Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur „TASS" über die Fernschreiber gelaufen. Eine halbe Stunde später hatte „Agence France-Presse" über eine weitere Amtsenthebung berichtet: Auch der Chefredakteur der „Iswestija", der Schwiegersohn des geschaßten Kremlchefs, war vom ZK-Plenum mit sofortiger Wirkung entlassen worden. So ging mit der Ära Chruschtschow zugleich eine Karriere zu Ende, die einen ehemaligen Schauspielschüler beinahe bis an die Spitze des Außenministeriums der Supermacht Sowjetunion getragen hätte.

Nichts ließ 40 Jahre zuvor auf einen solchen Aufstieg schließen[3]. Alexej Iwanowitsch Adschubej, 1924 im usbekischen Samarkand geboren, stammte aus einfachen Verhältnissen. Nach dem frühen Tod seines Vaters wuchs er in Moskau auf und trat

[1] Zitiert nach Drahtbericht Groepper an AA, 16.10. 1964, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA/AA), Ministerbüro, VS-Bd. 10064 (B 150, Aktenkopien 1964).

[2] Zum Ablauf der Ereignisse am 15.10. 1964, wie er sich zeitgenössischen westlichen Beobachtern darstellte, vgl. Le Monde, 17.10. 1964: „Le film des événements".

[3] Zur Biographie Adschubejs vgl. Hermann Pörzgen, Die Rollen des Herrn Adschubej, in: FAZ, 19.8. 1964. Vgl. ferner Alexej Adshubej, Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chrustschow, Berlin 1990.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1943 als Mitglied eines Tanzensembles in die Rote Armee ein. Nach Kriegsende besuchte er zunächst die angesehene Schule des Moskauer Künstlertheaters, ehe er an die journalistische Fakultät der Universität wechselte. Die Ehe mit seiner Kommilitonin Rada Chruschtschowa, der Tochter des damaligen Parteisekretärs von Kiew, begründete Adschubejs steilen Aufstieg. 1957 erhielt er die Leitung der Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda", zwei Jahre später übernahm er den Posten des Chefredakteurs der „Iswestija". Er wurde Sekretär des sowjetischen Journalistenverbandes, Abgeordneter des Obersten Sowjets und sogar Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Darüber hinaus begleitete er seinen inzwischen zum ersten Mann der Sowjetunion avancierten Schwiegervater auf allen wichtigen Auslandsreisen und unternahm in dessen Auftrag bedeutende Sondermissionen, so 1961/62 zu Präsident Kennedy und 1963 zu Papst Johannes XXIII. Den letzten Akt dieser besonderen Art von „Geheimdiplomatie" bildete im Sommer 1964 eine 14-tägige Reise durch die Bundesrepublik Deutschland, in deren Verlauf der jetzt auch als zukünftiger sowjetischer Außenminister gehandelte Journalist von Bundeskanzler Ludwig Erhard empfangen wurde. Vier Wochen darauf nahm Nikita Chruschtschow die Einladung zu dem seit Adenauers Moskaureise von 1955 ausstehenden Gegenbesuch in der Bundesrepublik an. Nur sechs Wochen später wurde er aus dem Amt gejagt.

Zeitgenossen wie Historiker haben in dieser Ereignisfolge einen tieferen Zusammenhang vermutet, drängte sich doch der Eindruck auf, daß Chruschtschow über den Versuch einer Revision seiner Deutschlandpolitik gestürzt sein könnte. Schon der Adschubej-Besuch in Bonn hat zu Spekulationen in dieser Hinsicht Anlaß gegeben. Gerade in der ausländischen Presse wurden Andeutungen gemacht, daß er Wiedervereinigungsverhandlungen den Weg ebnen könnte[4]. Man fürchtete sogar, Chruschtschow könnte die Deutschen vor die Wahl „Wiedervereinigung oder europäische Einheit" stellen[5]. Die offizielle Annahme der westdeutschen Einladung durch den Herrn des Sowjetreichs beflügelte Anfang September 1964 die Gerüchte noch, zumal Chruschtschow kurz zuvor in Prag mit den Außenministern einiger Ostblockstaaten konferiert hatte, ohne einen Vertreter der DDR hinzuzuziehen[6]. Nun hielt man allenthalben Konzessionen auf Kosten des Ulbricht-Staates für wahrscheinlich[7] und ernsthafte Deutschlandgespräche für denkbar[8]. Der „New York He-

[4] Vgl. New York Times, 29.7. 1964: „Soviet and Bonn Prepare to Hold Top-level Talks"; Le Monde, 30.7. 1964: „Une prudente prise de contact".

[5] Vgl. Drahtbericht Knoke an AA, 7.8. 1964, über einen Artikel der französischen Zeitschrift Express, in: PA/AA, Referat 704, Bd. 474d.

[6] Vgl. dazu Europa-Archiv 19 (1964), Z 206; Archiv der Gegenwart 34 (1964), S. 11411f. Vgl. ferner Aufzeichnung Luedde-Neurath, 11.9. 1964, in: PA/AA, Referat II 5, Bd. 280.

[7] Vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 4.9. 1964: „Chruschtschow kommt"; Stuttgarter Nachrichten, 5.9. 1964: „Der Arbeitsbesuch"; The Times, 4.9. 1964: „Mr. Khrushchev Agrees to Come to Bonn"; Guardian, 4.9. 1964: „Khrushchev to visit Bonn" und „Mr. Khrushchev among the militarists"; New York Times, 4.9. 1964: „Khrushchev to Visit Bonn"; New York Times, 5.9. 1964: „Khrushchev-Erhard Meeting"; Le Figaro, 4.9. 1964: „Khrouchtchev accepte de se rendre en Allemagne fédérale".

[8] Vgl. Combat, 4.9. 1964: „‚K' est prêt à négocier avec Bonn d'une solution du problème alle-

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rald Tribune" wußte sogar von einem milliardenschweren „Super-Marshall-Plan" zu berichten, mit dem angeblich westdeutsche Industrielle den Sowjets jetzt die Wiedervereinigung abkaufen zu können glaubten[9].

Ob Chruschtschow wirklich – wie es ein früher Biograph vermutete – zum Ausgleich mit Amerika „einen großen Schlag" in dem Sinne plante, „sich mit Westdeutschland zu einigen und den Genossen Ulbricht zu verkaufen"[10]? Sicher scheint zu sein, daß seine Entmachtung durch den Besuch in Bonn und die Deutschlandreise seines Schwiegersohnes beschleunigt wurde. Außenminister Gromyko wollte seinerzeit in der unter Umgehung seines Ressorts[11] durchgeführten Adschubej-Mission sogar die eigentliche Ursache des Sturzes sehen[12]. Auch wenn dies wohl übertrieben ist, so ist doch verbürgt, daß Adschubejs Sonderrolle auf dem Sündenregister stand, das Chruschtschow in der entscheidenden ZK-Sitzung vorgehalten wurde. Der Schwiegersohn habe, so hieß es in der vom „Chefideologen" Suslow vorgetragenen Anklage, „die Rolle eines zweiten Außenministers übernommen, sich auf höchster Ebene in diplomatische Angelegenheiten eingemischt und Botschafter in Verwirrung gesetzt. Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland habe er sich geringschätzig über Walter Ulbricht geäußert, so daß die DDR nur mit Mühe beschwichtigt werden konnte."[13]

Dieser Vorwurf fügte sich nahtlos in die zentrale Kritik am selbstherrlichen Führungsstil Chruschtschows. Er ließ aber zugleich erkennen, daß die Adschubej-Mission auch in der DDR erhebliche Irritationen ausgelöst hatte. Sie war ganz offensichtlich mehr als nur die Informationsreise eines prominenten Journalisten. Sie erschien als ein Schachzug, der nach der im Gefolge der Kuba-Krise von 1962 einsetzenden Ost-West-Entspannung und dem sich gerade 1964 zuspitzenden sowjetisch-chinesischen Konflikt außerordentliche Brisanz enthielt.

Gewiß, mit dem Sturz Chruschtschows wurden alle Spekulationen Makulatur. Doch in historischer Perspektive ist gerade deshalb die geheimnisumwitterte Episode von großem Reiz, denn sie gibt die seltene Gelegenheit, den Geschichtsverlauf ins „Gegenlicht" zu setzen. Für einen Augenblick entstand damals der Eindruck, als könnte die im Kalten Krieg festgefrorene Situation Deutschlands im Tauwetter der Entspannungspolitik in Bewegung geraten. Eine Betrachtung dieses Moments – von

---

mand"; Le Monde, 5.9. 1964: „Les conversations de M. Khrouchtchev à Prague porteraient sur une nouvelle approche du problème allemand" und „Les Alliances en question".

9 Vgl. New York Herald Tribune, 7.9. 1964: „West German Credits May Be Offered Russia".

10 Edward Crankshaw, Der rote Zar. Nikita Chruschtschow, Frankfurt a.M. 1967, S.314.

11 Vgl. Wladimir Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S.306.

12 Vgl. Michel Tatu, Macht und Ohnmacht im Kreml. Von Chruschtschow zur kollektiven Führung, Frankfurt a.M./Berlin 1968, S.392.

13 Roy Medwedjew, Chruschtschow. Eine politische Biographie, Stuttgart/Herford 1984, S.324. Die Wiedergabe der bislang unveröffentlichten Suslow-Rede durch Medwedjew gilt in der Forschung als die authentischste. Vgl. William J. Tompson, The Fall of Nikita Khrushchev, in: Soviet Studies 43 (1991), S.1101–1121, hier S.1114.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Voraussetzungen bis zum jähen Ende – läßt das Dilemma der Deutschen in den sechziger Jahren besonders anschaulich werden, und dies nach Öffnung der ostdeutschen Archive von beiden Seiten der Mauer her gesehen: aus Bonner Blickrichtung ebenso wie aus der Ostberlins.

1. Flaute im Westen und Böen aus Ost: Die Bundesrepublik im Zeichen deutschlandpolitischer Stagnation

Genau ein Jahr vor dem Sturz Chruschtschows in Moskau hatte auch Bonn einen vielbeachteten Abtritt erlebt. Am 15. Oktober 1963 war Konrad Adenauer, der legendäre „Gründungskanzler" der Bundesrepublik, aus dem Amt geschieden. Als sein Nachfolger drei Tage darauf mit seiner ersten Regierungserklärung vor das deutsche Publikum trat, war die Spannung gerade im Hinblick auf die Deutschlandpolitik groß. 14 Jahre lang hatte die Politik des greisen Vorgängers keinen Fortschritt für die Wiedervereinigung Deutschlands gebracht, ja nach dem Eindruck der Kritiker sogar eher zur Verfestigung und schließlich buchstäblichen Zementierung der Teilung im August 1961 geführt. Würde der neue Mann den entscheidenden Dialog mit den Sowjets voranbringen[14]?

Ludwig Erhard bemühte sich am 18. Oktober 1963 im Bundestag um Kontinuität. Einen neuen Akzent setzte er jedoch mit dem Vorschlag zur „Bildung eines Gremiums der vier Mächte", das den Rahmen für Deutschland-Verhandlungen „bis zum Zeitpunkt einer endgültigen Friedensregelung" abgeben sollte[15]. Unmittelbar darauf ließ er einen eindrucksvollen Appell zur Opferbereitschaft für eine Lösung der deutschen Frage folgen. Das waren Töne, die dem nationalen Empfinden der Deutschen zweifellos mehr entsprachen als das auf ein zehnjähriges Stillhalten hinauslaufende „Burgfriedens-Angebot", das sein Vorgänger – wie er die Öffentlichkeit gerade zwei Wochen zuvor hatte wissen lassen[16] – den Sowjets im Juni 1962 unterbreitet hatte[17]. Anders als Adenauer, der in Verhandlungen der Vier Mächte stets mehr Gefahren als Chancen sah, entsprach Erhard mit seinem Vorschlag auch dem Koalitionsabkommen von 1961[18]. Nicht zuletzt aber standen hinter der Ankündigung bereits konkrete Planungen des Außenministeriums für einen neuen westlichen Vorstoß in der Deutschland-Frage.

[14] Zur Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Erhard vgl. insbesondere Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 83–99.

[15] Deutscher Bundestag (künftig: BT), Stenographische Berichte, Bd. 53, S. 4195.

[16] Vgl. Fernseh-Interview Adenauer, 3. 10. 1963 (Auszug), sowie die sowjetische Stellungnahme vom 11. 10. 1963, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (künftig: DzD), hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a. M. 1961 ff., Bd. IV/9, S. 749 f. bzw. S. 781–785.

[17] Vgl. Gesprächsaufzeichnung Adenauer/Smirnow, 6. 6. 1962 (Auszug), in: Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, Köln 1972, S. 472 f. Vgl. auch Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...". Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 121 ff.

[18] Vgl. Koalitionsabkommen CDU/CSU/FDP, 20. 10. 1961 (Auszug), in: DzD IV/7, S. 1068, Anm. 5.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein erster Anlauf, die seit 1961 nur mühsam vorangekommenen innerwestlichen Konsultationen im Rahmen der Washingtoner Botschaftergruppe endlich zu einem vorzeigbaren Ergebnis zu führen, war zu diesem Zeitpunkt freilich bereits gescheitert. Der am 20. August 1963 vom Auswärtigen Amt eingebrachte „Vorschlag zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen"[19] hatte bei den Westmächten eine so „laue Aufnahme"[20] gefunden, daß es des harschen Verdammungsurteils des scheidenden Kanzlers Adenauer[21] gar nicht bedurft hätte, um das Projekt zu stoppen. Erst nach einem neuerlichen Vorstoß signalisierten die Verbündeten Mitte Dezember 1963 wenigstens Verhandlungsbereitschaft[22]. Das Vorhaben war freilich alles andere als sensationell. Im Mittelpunkt des der Botschaftergruppe in Washington am 15. Januar 1964 vorgelegten Konzepts[23] stand der schon in der Regierungserklärung Erhards enthaltene Gedanke eines Vier-Mächte-Gremiums. Daneben war an die Bildung deutsch-deutscher Kommissionen gedacht, die im Auftrag der Vier Mächte humanitäre Themen verhandeln sollten. Darüber hinaus wurde eine Volksbefragung über das Ergebnis der Wiedervereinigungsverhandlungen sowie über die Modalitäten der angestrebten gesamtdeutschen Wahlen vorgesehen und der „Köder" ökonomischer Zugeständnisse an die DDR gelegt, sobald „in ganz Deutschland die Menschenrechte in einem Mindestmaß gewährleistet" seien.

Aber erneut brachte die Reaktion der Westmächte eine herbe Enttäuschung. Die Verbitterung der deutschen Diplomaten darüber war im internen Schriftverkehr deutlich spürbar. „Thompson erklärt", so wurde die halbherzige Stellungnahme des amerikanischen Vertreters in der Botschaftergruppe kommentiert, „daß eine Deutschland-Initiative nicht zweckmäßig sei, da sie in einer Zeit relativer Entspannung ein Element der Beunruhigung mit sich bringen könne. Demgegenüber ist uns früher entgegengehalten worden, eine besondere Aktivität in Zeiten der Spannung sei nicht zweckmäßig, da sie die Spannung erhöhen könne. Diese Taktik könnte so verstanden werden, daß den Amerikanern eine Erörterung von Deutschland-Fragen überhaupt nicht zweckmäßig erscheint."[24]

---

[19] Für die Fassung vom 13. 8. 1963 vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. i. A. des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1994 ff. (künftig: AAPD), Bd. 1963/II, Dok. 296. Für die Erstfassung vom 9. 8. 1963 vgl. PA/AA, Büro Staatssekretär (künftig: Büro StS), VS-Bd. 425 (B 150, Aktenkopien 1963).

[20] Lahr an Globke, 6. 9. 1963, in: AAPD 1963/II, S. 1098. Zur Beratung in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. den Drahtbericht Stackelberg an AA, 20. 8. 1963, in: PA/AA, Referat 700-AB, VS-Bd. 3703 (B 150, Aktenkopien 1963).

[21] Vgl. Adenauer an Schröder, 28. 8. 1963, in: AAPD 1963/II, Dok. 321.

[22] Vgl. Gesprächsaufzeichnung Schröder/Rusk/Butler/Couve de Murville, 15. 12. 1963, in: AAPD 1963/III, Dok. 473. Vgl. auch Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1961–1963, Bd. XV: Berlin Crisis 1962–1963, Washington 1994, S. 642–646.

[23] Vgl. AAPD 1964/I, Dok. 3. Zur Einbringung in die Botschaftergruppe vgl. Drahterlaß Carstens an Botschaft Washington, 13. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 10, sowie Drahtbericht Knappstein an AA, 15. 1. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd. 8453 (B 150, Aktenkopien 1964).

[24] Drahterlaß Krapf an Botschaft Washington, 24. 2. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 266.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So verhielt es sich in der Tat, und keineswegs nur bezüglich der USA. Mitte April 1964 mußte sich das Auswärtige Amt in einem vorläufigen Resümee der Verhandlungen[25] eingestehen, daß auch auf französischer und britischer Seite erhebliche Vorbehalte gegenüber den deutschen Vorschlägen bestanden. Zudem hatten alle drei Verbündeten mehr oder weniger unverhohlen den Verdacht geäußert, die Initiative diene lediglich innenpolitischen Zwecken.

Natürlich war daran etwas Wahres, auch wenn die Bonner Diplomatie alles tat, um diesen Eindruck zu entkräften[26]. Von Anfang an war in Bonn der propagandistische Wert einer neuen Aktion kalkuliert worden, zumal seit dem Abschluß des Atom-Teststoppabkommens, das der DDR im August 1963 eine erhebliche internationale Aufwertung gebracht hatte[27]. Nach der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember desselben Jahres, deren humanitärer Gewinn für die Berliner mit weiteren Verlusten für die westdeutsche Position in der Deutschland- und Berlin-Frage hatte bezahlt werden müssen, wuchs das Bedürfnis nach eindeutigen Worten noch. Doch während die Bundesrepublik eine „Renaissance der Wiedervereinigungspolitik"[28] erlebte, brach sich im Westen die Entspannungspolitik Bahn. Abrüstung, Nichtverbreitung von Kernwaffen und andere vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der Sicherheitspolitik standen hier im Zentrum des Interesses, das an den politischen Fronten in Deutschland und Berlin unbedingte Ruhe erforderte.

Was das konkret bedeutete, erfuhr Ludwig Erhard Ende 1963 bei seinem Antrittsbesuch in den USA direkt aus dem Mund des amerikanischen Präsidenten[29]. Man müsse, so erklärte dieser am 29. Dezember 1963 seinem deutschen Gast, einen Modus vivendi mit den Sowjets suchen: Amerika wolle „leben und leben lassen" und wünsche ebenso wie Rußland den Frieden. Er, Johnson, wolle aber „nicht nur über den Frieden sprechen, sondern etwas dafür tun". Diesbezügliche Überlegungen ließ der Präsident taktvoll von seinem Sicherheitsberater vortragen, der seinerseits umständlich betonte, nur Stimmen aus Kreisen der amerikanischen Öffentlichkeit wiederzugeben. Im Kern ging es, wie McGeorge Bundy vorsichtig resümierte, um „eine gewisse Stärkung [...] der bestehenden Lage in Ostdeutschland". Erhard hielt nach Kräften dagegen, beteuerte nachdrücklich seinen Willen zur Entspannung und widersetzte sich jedem Arrangement mit der DDR: Nicht mit Ulbricht, sondern mit

---

[25] Vgl. Aufzeichnung Krapf, 17.4. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 101.

[26] Vgl. etwa deutsch-französische Konsultationsbesprechung, 18.3. 1964, sowie Gesprächsaufzeichnung Schröder/Butler, 16.4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 358 bzw. S. 434f.

[27] Zu den deutschlandpolitischen Implikationen des Abkommens vgl. zuletzt Ilse Dorothee Pautsch, Im Sog der Entspannungspolitik. Die USA, das Teststopp-Abkommen und die Deutschland-Frage, in: Rainer A. Blasius (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 118–153.

[28] Klaus Körner, Die Wiedervereinigungspolitik, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 587–616, hier S. 605.

[29] Vgl. zum Folgenden Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 29.12. 1963, in: AAPD 1963/III, Dok. 490; vgl. auch FRUS 1961–1963, Bd. XV, S. 670–677.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chruschtschow müsse das deutsche Problem behandelt werden. Dabei schwebten dem Bundeskanzler allerdings Verhandlungen der Supermächte vor. An einen eigenen Meinungsaustausch mit dem Kremlchef dachte er noch nicht, auch wenn er ihn für die Zukunft nicht ausschloß.

Von einer solchen Möglichkeit konnte freilich zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede sein. Nicht einmal über den bloßen Güteraustausch bestand Einigkeit: Ende 1963 lief der deutsch-sowjetische Handelsvertrag aus, seine Erneuerung scheiterte am Streit um die Einbeziehung West-Berlins[30]. Auf politischer Ebene wurden alsbald sogar härtere Saiten aufgezogen. War die Bundesrepublik nach dem Amtsantritt Erhards zunächst geschont worden und noch zum Jahreswechsel in einer weltweit verbreiteten Friedensbotschaft Chruschtschows glimpflich davongekommen[31], so setzte Anfang Februar 1964 mit dem Protest gegen eine angebliche westdeutsche Raketenproduktion eine neue sowjetische Offensive ein[32]. Den Höhepunkt bildete vier Wochen darauf eine offiziöse Erklärung der Nachrichtenagentur „TASS" zur Deutschland-Frage, die vor Injurien gegen den vermeintlich „aggressivsten und abenteuerlichsten Staat in Europa" und das „revanchistisch-militaristische" Programm seiner Regierung nur so strotzte[33].

Diese Generalabrechnung blieb in der Bundesrepublik natürlich nicht ohne Eindruck. Ein besonderes Problem für die Regierung Erhard entstand daraus, daß die Angriffe Moskaus mit einem selbstverschuldeten Ausrutscher zusammenfielen. Am 6. März, einen Tag vor der „TASS"-Erklärung, wurde in der westdeutschen Presse berichtet, der Antwortbrief des Bundeskanzlers auf die Friedensbotschaft des sowjetischen Regierungschefs sei entgegen jeder diplomatischen Courtoisie durch einen einfachen Boten im Wachlokal des Kreml abgegeben worden[34]. Eine Lawine von bissigen Kommentaren war die Folge[35]. Außenminister Schröder war die Sache so peinlich, daß er persönlich die Suche nach dem Schuldigen veranlaßte und wenig dagegen unternahm, daß die Öffentlichkeit am Ende den Botschafter in Moskau für die Versäumnisse des Ministeriums tadelte[36]. Aber auch der Bundeskanzler kam nicht ungeschoren davon. Er mußte Mitte März öffentlich erklären, daß es sich um eine „Pan-

[30] Die UdSSR lehnte Verhandlungen ab und schlug am 21. 1. 1964 vor, den Warenverkehr vorerst im Rahmen der bisherigen Vereinbarungen fortzusetzen. Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 22. 1. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 19.

[31] Vgl. das Schreiben, 31. 12. 1963, in: DzD IV/9, S. 1070–1079.

[32] Vgl. Gesprächsaufzeichnung Carstens/Lawrow, 1. 2. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 36. Für den Wortlaut der bei dieser Gelegenheit übergebenen sowjetischen Erklärung, die zugleich den drei Westmächten zugestellt wurde, vgl. DzD IV/10, S. 217 ff.

[33] TASS-Erklärung, 7. 3. 1964, in: Ebenda, S. 348–355, hier S. 352 f.

[34] Zum Hergang vgl. Aufzeichnung Mertes, 28. 3. 1964, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), I-403-124/4 b, NL Mertes. Für den Wortlaut des Schreibens von Erhard, 18. 2. 1964, vgl. DzD IV/10, S. 255 f.

[35] Vgl. insbesondere Der Spiegel, 18. 3. 1964, S. 25 ff. Vgl. auch Fernsehdiskussion mit Dehler, Gradl, Jaksch und Wehner, 11. 3. 1964, in: DzD IV/10, S. 381–399.

[36] Vgl. die Aufzeichnungen Krapf, 6., 7. und 17. 3. 1964, sowie Groepper an Schröder, 3. 4. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd. 8468 (B 150, Aktenkopien 1964).

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne" gehandelt habe und „auf keinen Fall [. . .] eine Brüskierung der Sowjetregierung beabsichtigt" gewesen sei[37]. Als wenige Tage später auch noch der Wirtschaftsreferent der Moskauer Botschaft – freilich aus ganz anderen Gründen – aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde[38], war das Bild eines völligen Debakels der Bonner Politik gegenüber der Sowjetunion komplett. Die einen Monat darauf folgende Falschmeldung der „Deutschen Presse-Agentur", die kurz vor dem 70. Geburtstag Chruschtschows über dessen Tod zu berichten wußte, setzte dem noch die Krone auf, obwohl die Bundesregierung dieses Mal keinerlei Schuld traf[39].

Es verwundert nicht, daß die ersten öffentlichen Andeutungen Erhards über die Möglichkeit eines direkten Gesprächs mit Chruschtschow gerade aus dieser Zeit stammen. Nach zunächst noch ausweichenden Reaktionen auf zudringliche Journalisten[40] ließ sich der Kanzler am Vorabend des CDU-Bundesparteitags bei einer Diskussionsveranstaltung am 14. März 1964 in Hannover von einem Jugendlichen die Aussage entlocken, er werde doch nicht schon jetzt seine Karten offenlegen, „wenn ich zum Beispiel mit Chruschtschow reden wollte"[41]. Bald darauf sagte er dem bekannten Journalisten Werner Höfer, er sei bei hinreichender Vorbereitung für eine Gipfelbegegnung „völlig aufgeschlossen", wobei er eingedenk des seinerzeit ohne ihn gefeierten „Triumphzugs" Adenauers nun an eine eigene Moskaureise dachte[42], die letzterer ihm trotz einer sowjetischen Einladung jahrelang verweigert hatte[43]. Hintergrund dieser Überlegungen waren allerdings durchaus nicht nur innenpolitische Kalkulationen, sondern auch einige Signale des Kremls, die – wie Erhard im selben Interview betonte – „sehr viel milder und versöhnlicher, als es nach außen plakatiert wird", klangen.

Tatsächlich war am 11. März 1964, vier Tage nach der aggressiven „TASS"-Erklärung, der gerade aus Moskau zurückgekehrte sowjetische Botschafter im Palais Schaumburg erschienen und hatte berichtet, Chruschtschow habe „ein großes Interesse" für das deutsch-sowjetische Verhältnis bekundet[44]. In einem Schriftstück, das Smirnow als persönliche Botschaft des Sowjetführers verlas[45], war neben dem Wunsch nach verbesserten Beziehungen sogar ausdrücklich der Vorschlag enthalten, „Zusammentreffen [. . .] auf verschiedenen Ebenen" jenseits der diplomatischen Ka-

[37] FAZ, 16.3. 1964: „Der Parteitag der Union mit Angriffen gegen die SPD eröffnet".

[38] Vgl. dazu FAZ, 19./20.3. 1964: „Bonn nennt Ausweisung aus Moskau eine Repressalie" bzw. „Groepper protestiert in Moskau".

[39] Vgl. dazu Vermerk Hase, 17.4. 1964, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), B 136, Bd. 3650/2. Vgl. ferner Erich Mende, Von Wende zu Wende 1962–1982, München/Berlin 1986, S. 135f.

[40] Die Welt, 11.3. 1964: „Kanzler rechnet nicht mit Einladung aus Moskau"; Welt der Arbeit, 13.3. 1964: „Chruschtschow läßt nur Härte gelten".

[41] Die Welt, 16.3. 1964: „Einen Augenblick lang war der Kanzler sprachlos".

[42] Interview Erhard, 21.3. 1964, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (künftig: LES), Nachlaß Erhard (künftig: NE) 334. Für die gedruckte Fassung vgl. Die Zeit, 27.3. 1964: „Ich bin kein Träumer".

[43] Vgl. Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 379f.

[44] Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 11.3. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 68, S. 332.

[45] Vgl. dazu Aufzeichnung Reinkemeyer, 1.4. 1964, in: Ebenda, Dok. 84. Vgl. dort auch die folgenden Zitate.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

näle zu arrangieren. Dazu wurde versichert, ein Meinungsaustausch solle keinerlei „Veto" unterliegen und könne auch dann von Nutzen sein, „wenn es nicht gelänge, sofort eine Lösung dieser oder jener Fragen zu finden". Schließlich ließ der Botschafter zum Abschluß des Gesprächs noch die vielsagende Bemerkung fallen, nicht nur amerikanisch- oder französisch-sowjetische Gipfeltreffen, sondern „auch andere Begegnungen seien im laufenden Jahr durchaus möglich"[46].

Die Reaktion der Bundesregierung auf diese recht eindeutigen Avancen blieb zunächst verhalten. Im Auswärtigen Amt plädierte man für ein eng mit den Verbündeten abgestimmtes Ausloten des sowjetischen Angebots, bevorzugte aber schon jetzt einen Deutschland-Besuch Chruschtschows gegenüber einer Moskaureise Erhards[47]. Der Kanzler dämpfte wiederholt die in der Öffentlickeit alsbald auftauchenden Spekulationen[48] mit der Erklärung, die Überlegungen hätten „noch keine politische Realität"[49]. Dasselbe versicherte er, ebenso wie sein Außenminister, den westlichen Partnern[50]. Zugleich wurden mit den Sowjets „Nettigkeiten" ausgetauscht: Am 16. April 1964 bekräftigte die Bundesregierung ihr Angebot zu Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag und sagte für das laufende Jahr eine Fortschreibung der bisherigen Importregelungen für sowjetische Waren zu[51]; drei Tage darauf empfing Ludwig Erhard demonstrativ eine auf Einladung des Bundespresseamts in der Bundesrepublik weilende Gruppe sowjetischer Journalisten[52] und erhielt dafür ein Lob der „Iswestija"[53]. Von deren Chefredakteur Adschubej war dem Kanzler, wie dieser sehr genau registriert hatte[54], zuvor sogar das persönliche Kompliment gemacht worden, daß die Sowjetregierung auf ihn größere Hoffnungen hinsichtlich einer Verbesserung der Beziehungen setze als auf seinen Vorgänger Adenauer[55].

---

[46] Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 11.3. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 341.

[47] Vgl. Aufzeichnung Reinkemeyer, 1.4. 1964, sowie Aufzeichnung Wolff, 20.4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 386, besonders Anm. 18.

[48] Vgl. etwa Kölnische Rundschau, 8.4. 1964: „Trifft Chruschtschow Erhard in Bonn?"; Hannoversche Presse, 10.4. 1964: „Kommt Chruschtschow nach Bonn?"; Kieler Nachrichten, 10.4. 1964: „Spekulationen um eine Reise"; Christ und Welt, 17.4. 1964: „Chruschtschow einladen".

[49] Hambuger Abendblatt, 8.4. 1964: „Wird Chruschtschow nach Bonn eingeladen". Vgl. auch Fernseh-Interview Erhard, 13.4. 1964, in: PA/AA, VS-Bd. 3118 (Nachrichtenspiegel des Bundespresseamts).

[50] Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/McGhee, 10.4. 1964, sowie Gesprächsaufzeichnung Schröder/Butler, 16.4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 411f. bzw. S. 431.

[51] Zum Aide-mémoire der Bundesregierung, 16.4. 1964, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes 1964, S. 572. Vgl. dazu auch Aufzeichnung Sachs, 23.3. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd. 3119 (B 150, Aktenkopien 1964).

[52] Für das Protokoll des Informationsgesprächs in Badenweiler, 19.4. 1964, vgl. LES, NE 334. Zur Reise der Journalisten vgl. die Aufzeichnungen des Bundespresseamts, 22.5. bzw. 29.6. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, Bd. 768.

[53] Vgl. dazu Agence France-Presse, 20.4. 1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd. 497a (Nachrichtenspiegel des Bundespresseamts); FAZ, 21.4. 1964: „Moskau: Chruschtschow nicht nach Bonn".

[54] Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/McGhee, 10.4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 412.

[55] Vgl. Hannoversche Presse, 10.4. 1964: „Kommt Chruschtschow nach Bonn?".

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch solche Schmeicheleien konnten das Dilemma der Regierung Erhard nicht verdecken. Der Osten setzte einmal „Zuckerbrot", dann wieder die „Peitsche" gegen sie ein, während der Westen unaufhörlich Wasser in ihren deutschlandpolitischen Wein goß. Am 3. Mai 1964 gab der amerikanische Präsident in einem Exklusivinterview mit der Illustrierten „Quick" den unmißverständlichen Ratschlag, um des Friedens willen „nicht im Beton" zu stehen, den Sowjets „mehr als auf halbem Weg" entgegenzukommen und „Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, Westdeutschland und den Vereinigten Staaten" anzustreben[56]. Darüber hinaus sollte, wie Johnson wenig später selbst andeutete und von seinem Bonner Botschafter direkt aussprechen ließ, die Bundesrepublik mit einer konstruktiven Haltung gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten an der Entspannungspolitik mitwirken[57].

Da nützte es wenig, wenn der Bonner Regierungschef persönlich um Unterstützung der noch immer umstrittenen Deutschland-Initiative bat[58]. Es gelang nicht, die drei Westmächte für einen gemeinsamen Vorstoß zu gewinnen. Der Leiter des State Department verwies bei der neuerlichen Erörterung mit den Kollegen aus Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik am 11. Mai in Den Haag ganz offen auf „die innenpolitische Situation" vor den Präsidentschaftswahlen im November des Jahres, in der man das Risiko einer sowjetischen Abfuhr vermeiden wollte[59]. So blieb von dem deutschlandpolitischen Aufbruch des neuen Mannes im Bonner Palais Schaumburg vorerst nichts als eine dürre Erklärung der westlichen Außenminister sowie eine erneute, allerdings schon recht hohle Bekräftigung von Selbstbestimmungsrecht und Alleinvertretung im Kommuniqué des NATO-Ministerrats vom 14. Mai 1964[60]. „Die Absicht", kommentierte schadenfroh das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, „alle NATO-Regierungen zu einer großen internationalen Aktion zugunsten der Revancheziele des westdeutschen Imperialismus zu veranlassen, ist gescheitert"[61].

2. Triumph des Zwei-Staaten-Konzepts? Die DDR im Zeichen des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR

Das DDR-Regime hatte zu solchem Hochmut einigen Grund. Während die Bundesrepublik zunehmend in die Defensive geriet, eilte der „feindliche Bruder" von einem Sieg zum anderen. Der Zulassung zum Teststopp-Abkommen und dem propagandi-

[56] Interview Johnson, in: Quick, 3.5. 1964, S. 140.

[57] Vgl. Rede Johnson in Lexington, 23.5. 1964, in: Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson 1963/64, Washington 1965, Bd. 1, S. 708 ff. Vgl. ferner Vortrag McGhee in Tutzing, 16.7. 1964 (Auszug), in: DzD IV/10, S. 827–835.

[58] Vgl. Erhard an Johnson, 8.5. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 123.

[59] AAPD 1964/I, S. 524. Zur amerikanischen Haltung vgl. auch Drahtbericht Lilienfeld an AA, 20.5. 1964, in: Ebenda, Dok. 132.

[60] Vgl. DzD IV/10, S. 549 bzw. S. 564 f.

[61] Erklärung des MfAA, 16.5. 1964, in: Ebenda, S. 565.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stisch so wertvollen Erfolg bei der Passierschein-Vereinbarung folgten Anfang 1964 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Republik Sansibar und der Austausch von Generalkonsulaten mit dem Jemen und Ceylon. Nach diesen Erfolgen im Kampf um die völkerrechtliche Anerkennung startete die DDR eine neue Offensive zur innerdeutschen Durchsetzung des Zwei-Staaten-Konzepts. Den Anfang machte Walter Ulbricht am 3. Januar 1964 mit der zum 45. Gründungstag der KPD verkündeten Losung, „das Jahr 1964 zum Jahr der Annäherung und friedlichen Verständigung in Deutschland zu machen"[62]. Ganz in diesem Sinne machte man gleich am nächsten Tag dem Regierenden Bürgermeister von Berlin den Vorschlag, die Verhandlungen „zur Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin weiterzuführen"[63]; zwei Tage darauf wurde im Bonner Kanzleramt ein Schreiben übergeben, in dem der Staatsratsvorsitzende der DDR den Abschluß eines bilateralen Vertrags zum Verzicht auf Kernwaffen forderte und zur „Verständigung wenigstens in den brennendsten Fragen der Gegenwart" auf baldige „Vorkontakte" drängte[64]. Das Ziel war, wie alle weiteren Aktivitäten dieser Art in den kommenden Monaten zeigten, immer dasselbe: Förmliche Legitimierung der DDR durch Verhandlungen auf Regierungsebene.

Doch damit nicht genug. Die DDR griff auch die unglückliche Deutschland-Initiative der Bundesregierung auf. Otto Winzer, der Stellvertretende Außenminister, sprach am 2. März gegenüber der französischen Tageszeitung „Le Monde" ganz offen davon, „daß beide deutsche Staaten auch über die gegenwärtig im Botschafterlenkungsausschuß erörterten Vorschläge verhandeln" könnten[65]. 14 Tage darauf verstieg sich die DDR sogar dazu, von den drei Westmächten offiziell eine Erlaubnis für die Bundesrepublik zu erbitten, Verhandlungen „über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und über die Sicherung ihrer friedlichen Entwicklung" aufnehmen zu dürfen[66].

Es blieb nicht bei solchen propagandistischen Schauübungen. Hinter verschlossenen Türen wurden, wie die inzwischen zugänglich gewordenen Akten zeigen, in der DDR-Spitze erheblich weiterreichende Aktionen erwogen. Am 9. April 1964 unterbreitete Ulbricht der Sowjetführung eine Reihe entsprechender Vorschläge, auf die er zum Monatsende eine erste Stellungnahme erhielt[67]. Dabei handelte es sich zunächst um die in Moskau mit unverbindlichem Wohlwollen aufgenommenen Ideen einer gemeinsamen Erklärung des Warschauer Paktes „gegen die revanchistischen Forderungen Bonns" und einer neuerlichen sowjetischen Initiative, die auf die Aner-

[62] Ebenda, S. 36.
[63] Stoph an Brandt, 4. 1. 1964, in: Ebenda, S. 41.
[64] Ulbricht an Erhard, 6. 1. 1964, in: Ebenda, S. 48 ff.
[65] Ebenda, S. 301.
[66] Note der DDR, 17. 3. 1964, in: Ebenda, S. 426.
[67] Vgl. zum Folgenden die Mitteilung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 25. 4. 1964, mit der die Vorschläge im einzelnen beantwortet wurden, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (künftig: SAPMO-BA, ZPA), Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kennung der bestehenden Grenzen und die Verpflichtung zum Gewaltverzicht zielen sollte. Ferner sollte ein bilateraler Gedankenaustausch der Außenministerien über „die nächsten Schritte zur weiteren Durchbrechung der Hallstein-Doktrin" begonnen werden. Schließlich aber – und dies zeigte das ganze Ausmaß des gewachsenen Selbstgefühls der Ostberliner Machthaber – wurde angeregt, eine „Konferenz der vier Mächte zu Fragen der Sicherung des Friedens in Deutschland" zu verlangen; ja, Ulbricht selbst wollte Erhard in einem offenen Brief herausfordern, „eine Volksabstimmung in beiden deutschen Staaten und in Westberlin zu aktuellen Fragen des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik durchzuführen". Unverkennbar stand hinter diesen Vorhaben die kühne Absicht, die Kernpfeiler der westlichen Deutschlandpolitik – Vier-Mächte-Verantwortung und Selbstbestimmungsrecht – direkt anzugreifen. Bezeichnenderweise fiel die Reaktion der Sowjets hier denn auch deutlich vorsichtiger aus: Hinsichtlich der Vier-Mächte-Konferenz wünschten sie eine Zurückstellung auf einen „späteren Zeitpunkt"; hinsichtlich der Volksbefragung gaben sie zu bedenken, daß Bonn versuchen könnte, auch über freie Wahlen abstimmen zu lassen „und eine breite Diskussion darüber zu entfachen"[68].

Ulbricht antwortete am 6. Mai 1964 mit dem Vorschlag, alsbald intensivere Konsultationen durch die Stellvertretenden Außenminister aufnehmen zu lassen[69]. Dabei erweiterte er den Themenkreis noch um die Frage der „Taktik gegenüber den Maßnahmen des Bonner Außenministeriums, Zwiespalt zwischen den Warschauer Vertragsstaaten hervorzurufen", womit insbesondere die ärgerliche Einbeziehung West-Berlins in die Handelsabkommen der osteuropäischen Partner mit der Bundesrepublik[70] gemeint war. Ferner äußerte der Politbüro-Vorsitzende nun den Gedanken, „im Interesse der Erhöhung der Autorität der DDR" einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen, wie ihn die übrigen Satellitenstaaten bereits hatten. Ein solches Abkommen, das „nichts prinzipielles Neues bringen" und auch den „Truppen-Stationsvertrag" nicht tangieren werde, sei die beste Reaktion auf die westdeutsche Propaganda, daß über die Deutschland-Frage nur zwischen Bonn und Moskau verhandelt werden könne.

Über diese Vorschläge verhandelten Otto Winzer und Wladimir Semjonow vom 14. bis 16. Mai 1964 in Moskau[71]. Dabei beschränkte sich letzterer vorerst darauf, eine eingehende Prüfung durch die Kremlführung zu versprechen. Er bekräftigte jedoch den sowjetischen Widerstand gegen eine Volksabstimmung und ließ sich von den Beteuerungen Winzers, daß eine solche von der Bundesregierung „mit Sicherheit abgelehnt" werde, nicht beirren. Ausdrücklich erwähnte Semjonow die von der Bun-

[68] Ebenda.

[69] Vgl. Ulbricht an Chruschtschow, 6.5. 1964, in: Ebenda.

[70] Vgl. dazu im einzelnen Mechthild Lindemann, Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard, S. 45–96.

[71] Vgl. zum Folgenden die Gesprächsvermerke 14., 15. und 16.5. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desrepublik den Westmächten vorgelegte Deutschland-Initiative, in deren Mittelpunkt ein Plebiszit darüber stehe, „welche Verhältnisse die Deutschen wünschen". Dazu konstatierte er lapidar, „die Frage nach gesamtdeutschen Wahlen sei praktisch die Frage nach der Existenz von zwei Staaten oder einem Staat". Noch einmal wagte Winzer zu widersprechen. Man komme doch offenkundig „nicht um die Aufgabe herum, eine nationale Politik zu betreiben". Weiter betonte er: „Schließlich hätte ein solches Referendum auch eine große innenpolitische Bedeutung für die DDR, da es die Politik der DDR bekräftigen würde." Doch der Sowjetdiplomat beendete die Diskussion mit der unmißverständlichen Mahnung, daß für den Fall eines westdeutschen „Gegenreferendums" über freie Wahlen „insgesamt für Deutschland gesehen mit einem Stimmenverhältnis 3:1" zu rechnen sei.

Das eigentliche Motiv für diese Haltung trat in der Abschlußbesprechung am 16. Mai zutage. In einer Analyse der amerikanischen Politik erläuterte Semjonow, daß zu deren wesentlichen Zielen eine Entspannung in Europa und damit in Deutschland gehöre. „Die Hauptfrage für die USA sei die Frage der Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin", diagnostizierte er treffend. Demgegenüber gebe es Hinweise, daß „in einer gewissen Zeit eine Verständigung mit der Sowjetunion über die deutschen Probleme für möglich gehalten" werde. Anderslautende Stellungnahmen entsprängen lediglich der Rücksicht auf die Bundesregierung, weshalb der Kurs Washingtons „durch ein Balancieren zwischen öffentlichen scharfen Erklärungen und internen Gesprächen oder Absprachen gekennzeichnet sei". Eben darin aber trafen sich, wie nun sichtbar wurde, die amerikanischen und sowjetischen Interessen, und zwar nicht nur zu Lasten der westdeutschen, sondern auch zu Lasten der ostdeutschen Erwartungen. Unverblümt eröffnete Semjonow seinem Gast aus der DDR, daß die von den Supermächten verfolgte „Politik des gegenseitigen Beispiels jetzt wichtiger wäre als die Anerkennung eines Staates". In diesem Zusammenhang wies er auch das Verlangen nach schärferen Maßnahmen gegen die Berlin-Politik der Bundesrepublik mit der Bemerkung zurück, „daß es nicht zweckmäßig sei, ständig offizielle Proteste abzugeben"[72]. An eben jenem Tag, an dem die DDR das Scheitern der Bonner Deutschland-Initiative feierte, mußte sie selbst erfahren, daß auch die östliche Hegemonialmacht den Entspannungsdialog nicht durch die „querelles allemandes" stören lassen wollte.

Ulbricht steckte zurück. In seinem am 28. Mai 1964 veröffentlichten Schreiben an Erhard war von einer Volksabstimmung keine Rede mehr[73]. Aber auch der Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung des Ostblocks gegen die Bonner Deutschlandpolitik war in Moskau nicht durchzusetzen. Außenminister Gromyko äußerte Anfang Juni gegenüber seinem ostdeutschen Amtskollegen Bolz Zweifel, „ob es gelingen werde, mit den einzelnen Staaten des Warschauer Vertrages in dieser Frage eine Überein-

[72] Gesprächsvermerk Winzer/Semjonow, 16.5. 1964, in: Ebenda.

[73] Ulbricht an Erhard, 26.5. 1964, in: DzD IV/10, S. 601. Für einen Durchdruck vgl. SAPMO-BA, ZPA, Nachlaß Ulbricht, NL 182/1305. Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. auch Aufzeichnung Krapf, 30.5. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 224.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stimmung zu erzielen". Er erklärte das Projekt des Freundschaftsvertrages zur „Hauptfrage" und riet davon ab, „sich jetzt zu zersplittern und durch kleine Sachen ablenken zu lassen"[74]. Nicht anders als die Bundesrepublik rang auch die DDR für ihre Deutschlandpolitik vergeblich um die Unterstützung ihrer Verbündeten und stand mit ihrer bald darauf lauthals als Gegenstück zur sogenannten Hallstein-Doktrin verkündeten „deutschen Friedensdoktrin"[75] allein.

So blieb von den hochfliegenden Plänen nur der Freundschaftsvertrag, den die Sowjets ihren deutschen Genossen gewährten und wie zum Trost als großen Erfolg darzustellen suchten. Der Kremlchef persönlich bemühte sich am 30. Mai, Ulbricht glauben zu machen, daß damit eine enorme Statusverbesserung der DDR verbunden sei[76]. Chruschtschow war es aber auch, der im Freundschaftsvertrag einen Hinweis auf das Potsdamer Abkommen von 1945 verlangte, da es „doch immer als Ausgangspunkt wichtig" sei[77]. In dem von der DDR vorgelegten Entwurf war eine solche Bezugnahme auf die Vereinbarungen der vier Siegermächte bewußt vermieden worden, um – wie schon Winzer Semjonow erläutert hatte – „der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich die Verpflichtungen der UdSSR aus den Abkommen der Anti-Hitler-Koalition angesicht der einseitigen Nichterfüllung dieser Abkommen durch die Bundesrepublik bzw. durch das andauernde Besatzungsregime in Westberlin ausschließlich auf Westdeutschland und Westberlin beziehen"[78]. So viel Freiheit mochten aber die sowjetischen Partner ihren deutschen Freunden denn doch nicht lassen. Die DDR-Unterhändler mußten am Ende froh sein, außer der Bestätigung des Potsdamer Abkommens nicht auch noch die Erwähnung „anderer Abkommen der Verbündeten für Deutschland" hinnehmen zu müssen, wie es in einem sowjetischen Vertragsentwurf geheißen hatte[79].

In der Substanz brachte der am 12. Juni 1964 in Moskau feierlich geschlossene „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR" nichts Neues[80]. Seine Bedeutung für die DDR lag im wesentlichen darin, daß dieser – wie man auch in der Bundesrepublik erkannte[81] – demonstrativ der Rücken gerade auch gegenüber den eigenen Blockpartnern gestärkt

---

[74] Aktenvermerk Abraham, 18.6. 1964, über das Gespräch Bolz/Gromyko, 2.6. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75. Vgl. dazu auch Winzer an Ulbricht, 2.6. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

[75] Vgl. Rede Ulbricht, Moskau, 12.6. 1964, sowie das an 85 Staaten übermittelte Memorandum vom 13.7. 1964, in: DzD IV/10, S. 716 bzw. S. 819–823. Zur Vorgeschichte vgl. Winzer an Ulbricht, 23.5. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/182.

[76] Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 30.5. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

[77] Ebenda.

[78] Gesprächsvermerk Winzer/Semjonow, 15.5. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

[79] Vgl. Winzer an Ulbricht, 6.6. 1964 (einschließlich der anliegenden Vertragsentwürfe), in: Ebenda, J IV 2/202/334.

[80] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

[81] Vgl. Aufzeichnung Luedde-Neurath, 14.6. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd. 8529 (B 150, Aktenkopien 1964).

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde. Außenminister Schröder wollte in deutschlandpolitischer Hinsicht nicht einmal von einer Positionsverhärtung sprechen, weil nach seinem richtigen Eindruck die Sowjets „doch sehr bemüht gewesen" waren, „keine neuen Konfliktstellen mit dem Westen zu schaffen"[82]. Erhard, der sich am Tag der Vertragsunterzeichnung zu Konsultationen in Washington aufhielt, bezeichnete das Abkommen treffend als „Trostpflaster"[83], benutzte aber gleichwohl die Gelegenheit, es als weiteres Argument für die nun noch gewachsene Dringlichkeit einer Deutschland-Initiative des Westens zu verwenden[84]. Freilich fanden auch diesmal alle wohlgesetzten Appelle bei Präsident Johnson und Außenminister Rusk kaum Resonanz[85]. Selbst eine schlichte Dreimächte-Erklärung als westliche Reaktion auf den Freundschaftsvertrag kam erst nach 14 Tagen und schwierigen Diskussionen in der Botschaftergruppe zustande[86].

Für Moskau hatte allerdings der Vertragsschluß noch einen ganz spezifischen Zweck. Nikita Chruschtschow betrachtete das Abkommen, wie er Walter Ulbricht am Vorabend der Unterzeichnung wissen ließ[87], nicht zuletzt als Ausgangsbasis für seine Normalisierungskampagne gegenüber dem westlichen Deutschland[88]. Er ließ sich dabei von Ulbrichts allzu durchsichtigen Bedenken, Erhard werde vor den Bundestagswahlen 1965 „nicht elastischer werden", man dürfe daher keine Konzessionen machen, die „die CDU bei den Wahlen ausnützen" könne, in keiner Weise beeindrucken. „Es ist sehr charakteristisch für Bonn, daß es bei der Wahlvorbereitung nicht zur Verschärfung der Spannungen und zu Drohungen greift; sondern mit Rücksicht auf unsere Stärke operiert es mit Entspannung. Das ist ein neues Moment", lautete die weit optimistischere Diagnose Chruschtschows, der deshalb auch betonte: „Es ist zweckmäßig, Kontakten nicht auszuweichen. Ausweichen bedeutet Angst." Der SED-Chef erhielt auf den nachgeschobenen Rat, dann wenigstens zugleich Fäden zur SPD Willy Brandts zu knüpfen, da dieser „unter dem Druck der Massen" Zugeständnisse mache, nicht einmal mehr eine konkrete Antwort.

Immerhin wurde Ulbricht ordnungsgemäß über die bereits bestehenden Kontakte mit der Bundesregierung informiert. Es gebe, so erfuhr er von Chruschtschow, Gespräche mit dem Stellvertreter des Londoner Militärattachés der Bundesrepublik, der offiziell „einen Gegenbesuch Chruschtschows in Bonn, wenn das nicht gehen

---

82 Rundfunk-Interview Schröder, 14.6. 1964, in: DzD IV/10, S.737f.

83 Gesprächsaufzeichnung Erhard/Rusk, 12.6. 1964, in: AAPD 1964/I, S.644.

84 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 12.6. 1964, in: Ebenda, Dok.161.

85 Vgl. ebenda sowie Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S.89f.

86 Für den Wortlaut der Erklärung vom 26.6. 1964 vgl. DzD IV/10, S.774f. Zur Vorgeschichte vgl. AAPD 1964/I, Dok.166, 167, 170 und 175.

87 Vgl. zum Folgenden Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 11.6. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

88 Vgl. dazu auch Eberhard Schulz, Sowjetische Deutschlandpolitik, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Bd.2: Außenpolitik 1955–1973, Köln/Wien 1976, S.229–293, hier S.270.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte, einen Besuch des Außenministers oder mindestens einer Parlamentsdelegation in Bonn" und die Entsendung hochrangiger Regierungsvertreter zur Hannover-Messe vorgeschlagen habe. Letzteres sei abgelehnt, im übrigen aber grünes Licht gegeben worden. Ferner habe ein von Erhard autorisierter Journalist Alexej Adschubej nach Bonn eingeladen und angekündigt, der Bundeskanzler wolle ihn sprechen und ihm etwas für seinen Schwiegervater mitteilen. Auch diese Initiative sei positiv beantwortet worden. Schließlich berichtete Chruschtschow noch über eine erst kürzlich vorgetragene Terminbitte des westdeutschen Botschafters, zu der er laut Gesprächsnotiz ausführte: „Weil wir nicht genau wissen, was er bringt, werde ich ihn erst nach dem Abflug Ulbrichts am Sonnabend empfangen." Deutlicher konnte der Sowjetführer kaum zu verstehen geben, daß er eine direkte Konsultation über den Fortgang seiner Sondierungen mit dem Bonner Regierungschef nicht wünschte.

3. Adschubej in Deutschland: Auftakt zum Handel auf Ulbrichts Kosten?

Botschafter Groepper war bereits am 4. Juni 1964 beauftragt worden, im Kreml einen Termin zu erbitten, um dem sowjetischen Regierungschef die Antwort auf dessen im März bekundete Gesprächsbereitschaft zu übermitteln[89]. Am 8. Juni hatte er die Weisung ausgeführt[90]; am 13. Juni, unmittelbar nach der Verabschiedung Ulbrichts, fand er sich im Arbeitszimmer des „roten Zaren" ein. Was sich dort abspielte, kam einer Groteske gleich. Chruschtschow machte Anstalten, das Gespräch gleich wieder zu beenden, als der vorbereitete deutsche Text[91] verlesen wurde. Immer wieder unterbrach er den Vortrag und ließ am Schluß seinem Zorn freien Lauf[92]. Statt, wie er geglaubt hatte, ein anbiederndes Angebot der Bundesregierung zu erhalten, überbrachte ihm der ohnehin nicht wohlgelittene Botschafter eine Bekräftigung sämtlicher deutschlandpolitischer Positionen, die Bonn in den zurückliegenden Jahren vertreten hatte, und statt der ehrfürchtigen Bitte um einen Besuch in der Bundesrepublik gab Groepper die verklausulierte Erklärung ab, der Bundeskanzler würde sich über die Annahme einer Einladung durch den Ministerpräsidenten freuen, wenn dieser ein persönliches Gespräch für nützlich halte[93]. Daß Bonn für einen Meinungsaustausch zudem auf dem Thema der Wiedervereinigung insistierte, war naturgemäß besonders provozierend für Chruschtschow, der soeben noch Ulbricht belehrt hatte, der Freundschaftsvertrag werde „dort Illusionen zerstören"[94]. Selbst die Bereitschaft zur Erörterung langfristiger Handelsvereinbarungen war

[89] Vgl. Drahterlaß Carstens, 4.6. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 150.
[90] Vgl. Drahtbericht Groepper an Schröder, 11.6. 1964, in: Ebenda, Dok. 158.
[91] Vgl. Sprechzettel für Groepper, 8.6. 1964, in: Ebenda, Dok. 155. Der Text wurde zugleich als Aide-mémoire übergeben.
[92] Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 13.6. 1964, in: Ebenda, Dok. 162.
[93] Vgl. Drahtbericht Groepper an Schröder, 14.6. 1964, in: Ebenda, Dok. 155, Anm. 12.
[94] Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 11.6. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch den Zusatz vergällt, daß „selbstverständlich" eine Regelung zur Einbeziehung Berlins notwendig sei[95].

Die Abfertigung Groeppers führte, auch wenn sich der Kremlchef am Ende entschuldigte[96], zu einer spürbaren Verstimmung auf westdeutscher Seite. Erhard hatte noch am 11. Juni während seiner Amerikareise öffentlich versichert, daß eine Gipfelbegegnung möglich sei[97], und sich am selben Tag in seiner programmatischen Rede vor dem New Yorker „Council on Foreign Relations" auch ausdrücklich „zu jedem sinnvollen Gespräch bereit" erklärt[98]. Schon am 13. Juni dementierte er jedoch jede diesbezügliche Verbindlichkeit[99]. Eine Woche später sah er nicht einmal mehr „Ansatzpunkte, um das Gespräch mit irgendeiner neuen Nuancierung überhaupt fortführen zu können", auch wenn er das Angebot aufrechterhielt, daß Chruschtschow auf Wunsch „mit einer offiziellen Einladung von uns rechnen könnte"[100]. In dieselbe Zeit fiel die Entscheidung, ein in der Bundesrepublik gastierendes Nachwuchsensemble des berühmten Bolschoj-Balletts nach Hause zu schicken, weil es einen Auftritt in West-Berlin verweigerte[101]. Kurz darauf wurde der sowjetische Botschafter im Auswärtigen Amt empfangen und mit dem notorischen Reizthema der Repatriierung Deutschstämmiger aus der Sowjetunion traktiert[102].

In dieser Situation erhielt die ursprünglich rein private, von den drei der CDU/CSU nahestehenden Lokalzeitungen „Ruhr-Nachrichten" (Dortmund), „Rheinische Post" (Düsseldorf) und „Münchner Merkur" getragene Initiative, den Chefredakteur der „Iswestija" in die Bundesrepublik einzuladen, unerwartet hochpolitische Bedeutung. Schon im Sommer 1963 hatte der Moskau-Korrespondent Heinz Lathe, der eigentliche Vater der Besuchsidee, mit dem politischen Redakteur und engen Vertrauten Adschubejs, Walerij Lednew, Fühlung aufgenommen[103]. Ende April 1964 war er dann im Auftrag von Robert Schmelzer, dem Chefredakteur der „Ruhr-Nachrichten", erneut bei seinem Kontaktmann vorstellig geworden, um die Anregung „zu einem inoffiziellen Besuch bei unserer Zeitung" weiterzugeben. Während man auf eine Reaktion Moskaus wartete, übernahm es Schmelzer, das Meinungsbild in Bonn zu erkunden[104].

Am 29. Mai 1964 erhielt Lathe in der sowjetischen Hauptstadt eine erste Antwort. Derzufolge war, wie er sogleich nach Deutschland berichtete[105], der Schwiegersohn

---

95 Sprechzettel für Groepper, 8.6. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 629.
96 Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 13.6. 1964, in: Ebenda, S. 667.
97 Vgl. Pressekonferenz in Ottawa, in: DzD IV/10, S. 677.
98 Ebenda, S. 683.
99 Vgl. Pressekonferenz in Washington, in: Ebenda, S. 734.
100 Pressekonferenz Erhard, 19.6. 1964, in: Ebenda, S. 747.
101 Vgl. dazu PA/AA, Referat II 4, Bd. 241. Vgl. auch FAZ, 19.6. 1964: „Das Bolschoi-Ballett abgereist".
102 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Carstens/Smirnow, 22.6. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 176.
103 Vgl. dazu sowie zum Folgenden Hase an Schröder (einschließlich der anliegenden Aufzeichnungen von Hase und Lathe), 19.6. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 225.
104 Vgl. Schmelzer an Hohmann, 2.6. 1964, und Schmelzer an Krone, 2.6. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 363, bzw. ACDP, I-028-014/3, NL Krone.
105 Lathe an Schmelzer, 29.5. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 364.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chruschtschows „an einer Reise in die Bundesrepublik sehr interessiert" und gerade gegenüber einer Einladung durch Zeitungskollegen aufgeschlossen, da er „dem Besuch keinen zu offiziellen Anstrich geben" wolle. Insbesondere, so hieß es weiter, brauche ein solcher Besuch „in keinem Zusammenhang mit Erhard-Chruschtschow gesehen zu werden" und würde hinsichtlich eines Gipfeltreffens „überhaupt nichts präjudizieren".

Bald darauf überstürzten sich die Ereignisse. Am 11. Juni eröffnete Lednew seinem deutschen Gesprächspartner[106], Adschubej habe ihn am Vortag telefonisch wissen lassen, daß Chruschtschow höchstpersönlich auf die Reise gedrängt habe, da man „unbedingt mit Bonn sprechen" müsse. Für den „Iswestija"-Chef sei jedoch wegen anderweitiger Verpflichtungen ein Besuch nur im folgenden Monat möglich, weshalb er auf eine baldige Einladung hoffe. Am 12. Juni präzisierte Lednew die bevorzugte Reisezeit auf die zweite Juli-Hälfte und am Abend des 13. Juni – Groeppers Abfuhr im Kreml war kaum vorüber – fügte er noch hinzu, sein Chef bitte auch um einen Gesprächstermin bei Bundeskanzler Erhard, da er ihm „Wichtiges von Herrn Chruschtschow zu sagen" habe und vielleicht „mit weitgehendsten Instruktionen" versehen sein werde. Zugleich versicherte der Kontaktmann erneut, daß Adschubej „nicht die Absicht habe, irgendwelche politischen Erklärungen abzugeben, sondern den Besuch so inoffiziell und privat wie möglich gestalten" wolle.

Auf sowjetisches Drängen flog Lathe am 16. Juni zur Berichterstattung in die Heimat und sprach im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vor, das bereits die im April vom Bundeskanzler empfangenen Journalisten aus der UdSSR betreut hatte. Lathe gab dabei auch einige interessante Hintergrundinformationen weiter, die er in Moskau erfahren hatte. Dort war nachdrücklich die Harmlosigkeit des Freundschaftsvertrags mit der DDR hervorgehoben worden, der keine „vernünftigen Vereinbarungen in der deutschen Frage" präjudiziere. Auch war angedeutet worden, daß sich „das Problem Ulbricht in zwei bis drei Jahren von selbst" lösen könnte, da dieser mutmaßlich an Kehlkopfkrebs leide. Schließlich berichtete Lathe, man habe ihm auf die Frage, ob eine „Wiedervereinigung Deutschlands unter nichtkommunistischen Vorzeichen" vorstellbar wäre, wiederholt versichert, daß das durchaus der Fall sei, sofern auf das „Prestigebedürfnis einer Großmacht" Rücksicht genommen werde[107].

Als Pressechef von Hase den Bundeskanzler schriftlich über diese Dinge informierte, waren im Kabinett bereits „erhebliche Bedenken" gegen eine Einladung Adschubejs erhoben worden[108]. In Absprache mit Außenminister Schröder plädierte Hase jedoch dafür, die ohnehin kaum noch zu verhindernde Initiative zu akzeptieren, aber eine Beteiligung der Bundesregierung und insbesondere ein Kanzler-Gespräch abzuleh-

[106] Vgl. zum Folgenden Bericht Lathe, Anlage zu Aufzeichnung Hase für Erhard, 19.6. 1964, in: Ebenda, Blatt 367–372.

[107] Ebenda, Blatt 371f.

[108] Handschriftlicher Vermerk Hohmann, 17.6. 1964, auf dem Schreiben Schmelzer an Hohmann, 2.6. 1964, in: Ebenda, Blatt 363.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen[109]. Etwas anderes blieb Erhard auch gar nicht übrig, denn noch ehe er die Angelegenheit überhaupt zur Kenntnis nehmen konnte, wurde am 20. Juni 1964 in Moskau die Einladung übergeben und bereits wenige Stunden später angenommen[110]. Das einzige Mittel, den Adschubej-Besuch noch platzen zu lassen, wäre die Verweigerung des Einreisevisums gewesen. Doch ein solcher Affront kam nicht in Frage. So konnte der Kanzler nicht mehr tun, als „die Dinge niedrig zu halten", wie er es nannte, und seine Minister und die Repräsentanten der Wirtschaft zu mahnen, sich gegenüber dem prominenten Zeitungsmann zurückzuhalten[111]. Mit „Maßhalte-Appellen" hatte freilich Erhard nie viel Glück. Das sollte in diesem Fall nicht anders sein.

Schon der Start war nicht recht glücklich. Am 26. Juni erschien überraschend der Gesandte der sowjetischen Botschaft im Palais Schaumburg und erklärte, die Gastgeber Adschubejs hätten einen Empfang durch den Bundeskanzler bereits fest zugesagt; er, Lawrow, bitte lediglich sicherheitshalber um eine Bestätigung des Termins[112]. Ungläubig sagte Kanzleramtsminister Westrick eine Überprüfung zu, deren erwartungsgemäß negatives Ergebnis den Sowjets am 29. Juni telefonisch mitgeteilt wurde[113]. Noch am Abend desselben Tages fand sich auf der Titelseite der „Iswestija" ein Bericht über eine Pressekonferenz in Ostberlin, auf der der SED-Chefpropagandist Albert Norden maßlose Verleumdungen gegen Bundespräsident Lübke verbreitet hatte, der sich am 1. Juli zur Wiederwahl stellte[114]. Zweifellos handelte es sich dabei nicht um eine Reaktion auf die Behandlung der Adschubej-Visite in Bonn, sondern um einen Teil der Kampagne gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach West-Berlin. Doch das eine schlug auf das andere durch. Botschafter Groepper trat sogar dafür ein, auch auf die Gefahr einer Besuchsabsage hin den Bonner Korrespondenten der „Iswestija" aus der Bundesrepublik auszuweisen[115]. Seine Vorgesetzten wollten so weit allerdings nicht gehen. Man beschränkte sich darauf, den sowjetischen Gesandten ins Auswärtige Amt zu zitieren und eine Protestnote zu übermitteln[116].

Das hinderte freilich Lawrow nicht, erneut im Bundeskanzleramt vorzusprechen, um nunmehr förmlich für den Chefredakteur der „Iswestija" einen Gesprächstermin bei Kanzler Erhard zu erbitten, und sei es nur für wenige Minuten[117]. Erneut versprach Westrick eine Prüfung, er gab jedoch intern alsbald die Weisung, „daß gegen-

---

109 Vgl. Aufzeichnung Hase, 19.6. 1964, in: Ebenda, Blatt 366.

110 Vgl. Ruhr-Nachrichten, 22.6. 1964: „Adschubej will im Juli kommen".

111 Vgl. Erhards Schilderung gegenüber dem französischen Botschafter de Margerie, 10.9. 1964, in: AAPD 1964/II, S. 1009.

112 Vgl. Aufzeichnung Osterheld, 26.6. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 374f.

113 Vgl. Vermerk Osterheld, 29.6. 1964, in: Ebenda, Blatt 373.

114 Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 30.6. 1964, in: PA/AA, Büro StS, VS-Bd. 428 (B 150, Aktenkopien 1964). Zur Pressekonferenz Nordens vgl. Neues Deutschland, 30.6. 1964: „Herausforderung des Weltgewissens".

115 Vgl. ebenda.

116 Vgl. Drahterlaß Luedde-Neurath an Botschaft Moskau, 7.7. 1964 (einschließlich der anliegenden Verbalnote vom 6.7. 1964), in: PA/AA, Referat II 4, Bd. 752.

117 Vgl. Aufzeichnung Osterheld und Aufzeichnung Westrick, 6.7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 382f.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wärtig eine positive Antwort nicht gegeben werden könne"[118]. Dabei spielte neben der Verunglimpfung des Bundespräsidenten zweifellos auch das protokollarische Vorbild des Frankreich-Besuchs Adschubejs im April des Jahres eine Rolle. Damals war, wie sich Erhard und Westrick informieren ließen, der prominente Schwiegersohn nur von zwei Ministern, nicht aber von Staatspräsident de Gaulle empfangen worden, „obwohl dem General [...] eine persönliche Botschaft von Chruschtschow in Aussicht gestellt worden" war[119]. Nicht anders wollte es Ludwig Erhard halten. Eine Entschuldigung für die Attacke auf Lübke, die „Iswestija"-Redakteur Lednew am 10. Juli 1964 gegenüber dem Pressereferenten der Bonner Botschaft in Moskau aussprach[120], konnte daran einstweilen ebensowenig ändern wie die am 14. Juli bekundete Bereitschaft der sowjetischen Regierung, im Herbst des Jahres Vorgespräche über die Erneuerung des Handelsabkommens aufzunehmen[121].

Es bedurfte noch mehrerer Bittgänge, um den Kanzler umzustimmen. Am 21. Juli trug Lawrow den Terminwunsch erneut und gleich zweimal im Kanzleramt vor[122]. Der Gesandte verband damit diesmal die persönliche Nachricht Adschubejs, er wolle Erhard „nicht aus ‚journalistischem Interesse' besuchen, sondern weil er aus Moskau ‚Etliches' mitgebracht und den Auftrag habe, es dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln". Darüber hinaus richtete der Diplomat aus, Adschubej wünsche den Kanzler aufzusuchen, „bevor er mit anderen Politikern zusammentreffe". Darauf folgte der vielsagende Hinweis: „Einige Einladungen habe er schon." Beide Mitteilungen, so wird man annehmen dürfen, gaben den Ausschlag dafür, daß Erhard schließlich einwilligte. Am 22. Juli konnte Staatssekretär von Hase im Anschluß an die Kabinettssitzung verkünden, der Bundeskanzler werde den Chef der „Iswestija" am Dienstag, dem 28. Juli 1964, im Palais Schaumburg empfangen[123].

Der in der Presse verschiedentlich geäußerte Verdacht, der Termin beim Kanzler habe längst vor der Adschubej-Mission festgestanden[124], entbehrte jeder Grundlage. Als die Entscheidung fiel, befand sich Chruschtschows Sonderbote bereits zwei Tage im Land. Vorangegangen waren noch in Moskau eine Höflichkeitsvisite bei Botschafter Groepper[125] sowie eine Besprechung im Außenhandelsministerium über die Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik[126]. Nach einem privaten Wo-

[118] Handschriftlicher Vermerk Wunsch, 11.7. 1964, auf der Aufzeichnung Osterheld, 6.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 382.

[119] Aufzeichnung Hase für Erhard, 6.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 384. Vgl. ferner die Vermerke Osterheld für Westrick, 6.7. bzw. 10.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 386f.

[120] Vgl. die Drahtberichte Groepper, 11.7. und 16.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 388 bzw. 393. Vgl. ferner Münchner Merkur, 15.7. 1964: „‚Iswestija' entschuldigt sich".

[121] Vgl. Vermerk Bütow, 24.7. 1964, in: PA/AA, Referat III A 6, Bd. 197.

[122] Vgl. Aufzeichnungen Osterheld, 21.7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 404ff. Vgl. auch Osterheld, Außenpolitik, S. 108.

[123] Vgl. Rheinische Post, 23.7. 1964: „Erhard empfängt Alexej Adschubej".

[124] Vgl. etwa Westfälische Rundschau, 24.7. 1964: „Chruschtschow-Besuch gilt schon als sicher"; Der Spiegel, 5.8. 1964, S. 19.

[125] Vgl. Ruhr-Nachrichten, 18.7. 1964: „Adschubej beim deutschen Botschafter zu Gast".

[126] Vgl. Münchner Merkur, 20.7. 1964: „Ankunft Adschubejs".

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chenendbesuch in Paris trafen dann Alexej Adschubej und seine Frau Rada sowie die Redaktionskollegen Lednew und Poljanow am 20. Juli kurz vor Mittag auf dem Flughafen Düsseldorf-Lohausen ein[127].

Die Begrüßung ließ bereits ahnen, was da kommen sollte. Etwa 100 Journalisten, Dutzende Kameras und Mikrofone reckten sich den Besuchern entgegen. Schon auf der Gangway wurde der „Iswestija"-Chef mit Fragen bestürmt, und noch im Empfangsgebäude gab er eine erste Pressekonferenz[128]. Was als Privatreise geplant war, wurde zu einem 14-tägigen Medienspektakel, das in seinem Ausmaß die Gäste selbst überraschte. Dabei waren es keineswegs nur die Fachkollegen, die sich um den Besuch aus Moskau bemühten. Berthold Beitz, der Generalbevollmächtigte von Krupp, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Franz Meyers unterbrachen sogar eigens ihren Urlaub, um den berühmten Schwiegersohn zu sehen[129]. Alle wollten dabei sein: die Führungsspitzen der deutschen Industrie ebenso wie die Bonner Politprominenz, darunter die Bundesminister Mende[130] und Scheel, Bundespressechef von Hase, die Bundestagsabgeordneten Kopf, Majonica, Gradl, Martin und Erler, der SPD-Vorsitzende Brandt[131] und der CSU-Vorsitzende Strauß[132] sowie schließlich auch Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder.

Die eigentliche Reise[133] begann unter der Regie der „Ruhr-Nachrichten" in Dortmund, wo man außer der Stadt und ihrem stolz präsentierten Fernsehturm die „Westfalenhütte" und die Zeche „Kaiserstuhl II" besichtigte sowie Abstecher zum Bochumer Werk der Opel-AG, zu Krupp in Essen und zu einer Begegnung mit Osthandelsexperten in Hagen unternahm. Es folgte ein von der „Rheinischen Post" betreuter Aufenthalt in Düsseldorf, der einen Besuch bei Mannesmann sowie die Besichtigung eines Braunkohle-Kraftwerks einschloß. Am Sonntag, dem 26. Juli, wurde die Sowjetdelegation im rundumverglasten Aussichtswagen des „Rheingold-Expreß" der Bundesbahn nach Bingen gebracht, um bei strahlendem Sonnenschein per Schiff nach Königswinter zurückzufahren, wo für zwei Tage das „Hotel Petersberg" seine sonst vor allem Staatsgästen gewährte Unterkunft bot. Nach Erledigung des politischen Programms in Bonn schloß sich ein Besuch der Grundig-Werke in Fürth an, ehe am Nachmittag des 29. Juli die bayerische Landeshauptstadt erreicht wurde, wo Adschubej noch am Abend im deutschen Fernsehen auftrat[134]. Das vom „Münchner

---

127 Vgl. Rheinische Post, 21.7. 1964: „Ein Kavaliersstrauß für die Tochter Chruschtschows".

128 Vgl. ebenda: „Ich freue mich auf diese Reise".

129 Vgl. ebenda sowie Franz Meyers, gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens, Düsseldorf 1981, S. 495.

130 Vgl. auch Mende, Von Wende zu Wende, S. 151f.

131 Vgl. auch Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 113; ders., Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 50f.

132 Vgl. auch Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 190f.

133 Vgl. zum Ablauf die Berichterstattung der drei gastgebenden Zeitungen, Ruhr-Nachrichten, Rheinische Post, Münchner Merkur, 21.7.–3.8. 1964, sowie den aus Artikeln der „Iswestija" zusammengestellten Band: Alexej Adschubej, Wir sahen Westdeutschland, München 1964.

134 Für das Protokoll des Fernseh-Gesprächs „Unter uns gesagt", 29.7. 1964, vgl. Pressearchiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (künftig: Pressearchiv BPA), Sammlung Adschubej.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Merkur" arrangierte Programm führte ihn am folgenden Tag an den Ammersee, nach Raisting zur ersten Satelliten-Funkanlage der Bundespost, nach Albertshausen zur Besichtigung eines landwirtschaftlichen Musterbetriebs und schließlich nach Garmisch-Partenkirchen zu einem folkloristischen Bayern-Abend. Am 31. Juli standen noch einmal politische Gespräche sowie eine abschließende Pressekonferenz auf der Tagesordnung. Im Anschluß an ein letztes Exklusiv-Interview mit den drei gastgebenden Zeitungen reiste Adschubej am 1. August 1964 über die Transitautobahn nach Ostberlin, von wo aus er nach einer Begegnung mit einigen DDR-Größen in die Heimat zurückflog.

Der ausgebildete Schauspieler genoß das Rampenlicht und meisterte seine Rolle glänzend. Er spielte seinen Charme aus und bot mit seinem öffentlichen Auftreten stets Stoff für Anekdoten. So imponierte er beim spontanen Einkauf in der Dortmunder Innenstadt einer Schuhverkäuferin, die daraufhin für einen Deutschlandbesuch seines Schwiegervaters betete[135], er schloß bei Krupp mit einem Arbeiter einen „Vertrag ohne Diplomaten" für verstärkte deutsch-sowjetische Kontakte[136], er zwang beim Bergwerksbesuch zum Lobe der Werktätigen seine gesamte Begleitung in den engen Flözen auf die Knie[137], er schäkerte im geliehenen Schwimmkleid mit Badenixen am Ammersee, „schnaderlhüpfte" beim Folklore-Termin vor den Augen des Oberammergauer Christus-Darstellers und ließ sich zu guter Letzt zum „Adschubayern" küren[138].

In den politischen Fragen erwies sich der heitere und angesichts ungezügelten Alkoholkonsums oft auch angeheiterte Gast freilich weit weniger umgänglich. Positiv äußerte sich Adschubej erwartungsgemäß immer wieder zu den Möglichkeiten einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen, vor allem auf dem Gebiet des Handels. Hinsichtlich des Deutschlandproblems aber vertrat er bei seinen öffentlichen Auftritten nachdrücklich den bekannten sowjetischen Standpunkt. Im Fernseh-Gespräch am 29. Juli verbat er sich allein schon die Bitte um „menschliche Zustände" in der DDR und verteidigte zynisch deren blutiges Grenzregime[139]. In der Abschluß-Pressekonferenz am 31. Juli wies er sogar einen Fragesteller rüde zurecht, nur weil dieser den Ausdruck „Sowjetzone" gebraucht hatte[140]. Interessanter erschienen da die nicht minder eindeutigen Aussagen zum Streit mit der Volksrepublik China, den Adschubej erstaunlich offen bestätigte[141].

---

135 Vgl. Ruhr-Nachrichten, 22.7. 1964: „Adschubejs Vorschlag: 200 Zeilen für jeden".

136 Vgl. ebenda, 23.7. 1964: „Adschubej lädt Arbeiter nach Moskau ein".

137 Vgl. ebenda, 24.7. 1964: „Adschubej wurde Aktionär"; Rheinische Post: „Adschubej heute in Düsseldorf".

138 Vgl. „Münchner Merkur", 31.7. 1964: „Badehose und Gamsbart für den Adschubayern"; Ruhr-Nachrichten, 31.7. 1964: „Adschubej lieh sich eine Badehose".

139 Vgl. Fernseh-Gespräch, 29.7. 1964, in: Pressearchiv BPA, Sammlung Adschubej.

140 Vgl. Rheinische Post, 1.8. 1964: „Adschubej sagte: Auf Wiedersehen".

141 Vgl. Ruhr-Nachrichten, 28.7. 1964: „Adschubej sprach Politiker"; Fernseh-Gespräch, 29.7. 1964, in: Pressearchiv BPA, Sammlung Adschubej; Münchner Merkur, 3.8. 1964: „Adschubej schließt Möglichkeit von Deutschland-Gesprächen nicht aus"; Der Spiegel, 5.8. 1964, S. 18.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch in den vertraulichen Gesprächen äußerte sich der Chef der „Iswestija" nicht grundsätzlich anders. Sowohl die Redakteure der „Rheinischen Post" und die bei Mannesmann versammelten Industriellen als auch Ministerpräsident Meyers und der Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundestages, Martin, erhielten eine unmißverständliche Lektion, als am 24. Juli in Düsseldorf erstmals die Wiedervereinigung Deutschlands direkt angesprochen wurde[142]. Adschubej verwies hier wie auch später unbeirrbar auf die Notwendigkeit deutsch-deutscher Verhandlungen und war lediglich bemüht, seine harte Haltung nicht vor dem Termin beim Kanzler öffentlich werden zu lassen[143]. Doch es gab auch Nuancierungen. So deutete der Emissär Chruschtschows verschiedentlich die Möglichkeit pragmatischer Lösungen für einen Einschluß West-Berlins in die bilateralen Handels- und Kulturbeziehungen an[144]. Zum DDR-Regime bemerkte er schlicht, das Problem Ulbricht werde sich altersbedingt von selbst lösen. Die Empfehlung, Bonn solle sich mit Ost-Berlin arrangieren, stellte er laut Bericht seiner Gesprächspartner in einen bemerkenswerten Kontext mit den sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen: „Jahrhundertelang haben wir Russen die Mongolenstürme gegen Europa abgefangen, indes Europa sich fortentwickeln konnte. China wird bald die Atombombe besitzen. Wir müssen wachsam sein und deshalb den Rücken frei haben. Dafür müssen wir natürlich was zahlen. Aber sprecht Ihr doch erst mal mit denen in Ost-Berlin. Wir dürfen unser Gesicht nicht verlieren"[145].

Franz Josef Strauß hat gar behauptet, der Russe habe – enthemmt vom bayerischen Bier – ihm gegenüber hinzugesetzt: „Am liebsten würden wir euch Deutschen hundert Wasserstoffbomben geben, einen Korridor durch die Sowjetunion schaffen, und ihr räumt mit den Chinesen auf!"[146] Immer wieder, so wurde kolportiert, habe Adschubej beteuert, „daß China heute und künftig Rußlands ‚erste Front' sei", weshalb zwischen Bonn und Moskau ein Ausgleich im „Geist von Rapallo" erzielt werden müsse. „Auf die Dauer könne man über alles reden", selbst über die Mauer, soll er versichert und dringend geraten haben, die Deutschen „sollten die Zeit nutzen, solange Chruschtschow lebe"[147].

War es das, was Adschubej im Auftrag seines Schwiegervaters dem Bundeskanzler zu sagen hatte? Seit dem 22. Juli liefen im Palais Schaumburg wie in der Koblenzer

---

142 Vgl. Rheinische Post, 25.7. 1964: „Adschubej: Neues Deutschland-Bild"; Telefonnotiz zur Unterredung bei Mannesmann, 24.7. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd. 3961 (B 150, Aktenkopien 1964); Gesprächsvermerk Meyers/Adschubej, 24.7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 433 ff.; Gesprächsvermerk Martin/Adschubej, 24.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 442 ff.

143 Vgl. Aufzeichnung Kastl für Schröder, 27.7. 1964, in: PA/AA, Referat I 4, Bd. 51.

144 Vgl. dazu und zum Folgenden eine ungezeichnete Aufzeichnung für Hohmann, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 436–439. Vgl. ferner Runderlaß Carstens, 3.8. 1964, sowie Aufzeichnung Lang, 15.10. 1964, über die deutsch-französische Konsultation, 30.7. 1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd. 474 d, bzw. Referat II 4, VS-Bd. 3124 (B 150, Aktenkopien 1964).

145 Aufzeichnung für Hohmann, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 437.

146 Strauß, Erinnerungen, S. 190.

147 Aufzeichnung für Hohmann, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 439. Vgl. auch Runderlaß Carstens, 3.8. 1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd. 474 d.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Straße die Vorbereitungen für das entscheidende Gespräch auf Hochtouren[148]. Am 27. Juli erschien noch einmal der sowjetische Botschafter im Kanzleramt. Smirnow hatte unmittelbar zuvor in seiner Residenz bei einem Empfang für den „Iswestija"-Chef nüchterne Akzente gesetzt. Unverblümt hatte er die Pressespekulationen über die Adschubej-Mission aufgegriffen und den betont auf den Westen Deutschlands beschränkten Wunsch nach verbesserten Beziehungen mit dem vielsagenden Appell präzisiert: „Jetzt kommt es darauf an, die Änderungen, die sich in der Nachkriegsperiode vollzogen haben, anzuerkennen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen."[149] In diesem Tenor war auch die Mitteilung gehalten, die der Botschafter anschließend dem Bundeskanzler vortrug[150].

In Beantwortung der im Juni von Groepper übermittelten Stellungnahme ließ Chruschtschow Erhard nun wissen, daß die sowjetische Regierung angesichts des Bestehens zweier souveräner Staaten in Deutschland für die Wiedervereinigung „nicht zuständig" sei und eine solche „nur auf dem Wege der Vereinbarung zwischen diesen Staaten erreicht werden" könne. Ausdrücklich hob er als „wichtig" hervor, „daß beim Bundeskanzler Klarheit bezüglich des sowjetischen Standpunkts in dieser Frage" bestehe, und empfahl mit einem Seitenhieb auf Konrad Adenauer, „von der Praxis abzugehen, solche Fragen in den Vordergrund zu rücken, in denen beide Seiten notorisch völlig verschiedene Standpunkte einnehmen". Die Zeit, so hieß es weiter, sei reif für eine Zusammenarbeit „auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils". Abschließend drückte der Text eine allgemeine Bereitschaft zur Erörterung auch „der beide Seiten interessierenden wichtigen internationalen Fragen" aus und endete mit der auffällig vagen Formulierung, der sowjetische Ministerpräsident teile die Ansicht, daß „das gegenseitige Bekanntwerden mit den Gedanken, Absichten und Möglichkeiten des anderen als geeignete Mittel erscheinen können, Mißverständnisse zu vermeiden und Voreingenommenheit zu beseitigen".

Die im Anschluß an die Verlesung dieser Thesen geführte Diskussion mit Smirnow blieb erwartungsgemäß fruchtlos[151]. Für den Diplomaten war die ganze Prozedur ohnehin demütigend, mußte er doch, als er die entscheidende Schlußformel erläutern sollte, auf das bevorstehende Gespräch mit Adschubej verweisen und gestehen, daß er selbst daran auf persönlichen Wunsch des letzteren nicht teilnehmen werde. „Er überlasse jüngeren Kräften das Feld", meinte Smirnow säuerlich und gab abschließend die dringende Bitte Adschubejs weiter, „unter vier Augen – nur in Anwesenheit der Dolmetscher – mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen". Die Spannung wuchs.

---

[148] Vgl. Aufzeichnung Wickert, 23.7. 1964, Aufzeichnung Kutscher, 24.7. 1964, und Aufzeichnung Bütow, 24.7. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd. 3961 bzw. VS-Bd. 3118 (B 150, Aktenkopien 1964), und Referat III A 6, Bd. 197. Vgl. ferner Aufzeichnung Osterheld sowie Carstens an Westrick, 24.7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 421f. bzw. 425–429.

[149] Münchner Merkur, 28.7. 1964: „Adschubej: Moskau braucht Ruhe".

[150] Vgl. zum Folgenden die von Osterheld am 29.7. 1964 an das AA übermittelte Übersetzung des Aide-mémoire, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd. 8512 (B 150, Aktenkopien 1964).

[151] Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 27.7. 1964, in: AAPD 1964/II, Dok. 209; Osterheld, Außenpolitik, S. 108f.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gleich nach der Verabschiedung des Botschafters rief Ludwig Erhard seine engsten Mitarbeiter zu einer längeren vertraulichen Beratung in sein Arbeitszimmer[152].

Auch auf dem Petersberg erloschen an diesem Abend die Lichter erst spät[153]. Mit unverkennbarer Nervosität setzte Alexej Adschubej am Morgen des 28. Juli 1964 über den noch im Frühdunst liegenden Rhein[154]. Gegen 10 Uhr betrat er das Vorzimmer des Kanzlers, wo er von Ludger Westrick begrüßt wurde. Der Chef des Kanzleramts teilte mit, daß außer dem Bundeskanzler auch der Außenminister und er selbst bei der Unterredung anwesend sein würden, auf Wunsch aber daran anschließend noch ein Gespräch unter vier Augen möglich sei. Sodann schlossen sich hinter dem Gast die Türen des Kanzlerbüros.

Die folgende einstündige Unterredung und das anschließende 15-minütige Zweier-Gespräch sind bestens dokumentiert, da außer der offiziellen Gesprächsaufzeichnung auch der ursprüngliche Entwurf des Dolmetschers sowie ein Wortprotokoll über Erhards persönlichen Bericht im CDU/CSU-Fraktionsvorstand am Nachmittag desselben Tages erhalten sind[155]. Demnach vollzog sich die Begegnung, wie der Kanzler selbst empfand, „in sehr verbindlichen Formen". Nach dem Austausch von Höflichkeiten kam der Gast aus Moskau schnell zur Sache und warb für ein deutsch-sowjetisches Gipfeltreffen ohne Vorbedingungen oder Vorbereitungen durch die Außenminister. Zudem machte er sogleich klar, worauf es den Sowjets ankam, als Erhard erwiderte, daß kein Thema von vornherein ausgeschlossen werden dürfe, und dabei die deutsche Frage ins Spiel brachte: Adschubej schlug vor, „von diesem Problem abzusehen" und über die Verbesserung der Beziehungen „bei der augenblicklichen Lage der Dinge" zu sprechen. Nicht die leiseste Andeutung einer Gesprächsbereitschaft über den Status quo war zu erkennen. Für die Wiedervereinigung verwies der Russe, wie während seines gesamten Aufenthalts in der Bundesrepublik, auf die Zuständigkeit der DDR und warnte, eine Fortsetzung der westdeutschen Verweigerungshaltung „würde die Lage in Mitteleuropa auf viele Jahre hinaus einfrieren".

Erhard beharrte demgegenüber auf Alleinvertretung, Selbstbestimmungsrecht und Vier-Mächte-Verantwortung. Er legte jedoch stellenweise auch eine erstaunliche Offenherzigkeit an den Tag, wie das von seinem Außenminister später stark zurechtgerückte Dolmetscherprotokoll erkennen läßt. Demzufolge kommentierte der Kanzler etwa die sowjetische Behauptung einer staatlichen Souveränität der DDR mit der Bemerkung, „er habe Verständnis für diese Haltung". Seine Verteidigung des Friedensvertragsvorbehalts für die Oder-Neiße-Linie verband er mit dem Hinweis, „natürlich rechne in Deutschland niemand damit, daß in einem solchen Friedensvertrag diese alten deutschen Grenzen wiederhergestellt würden", und fügte hinsichtlich Ostpreu-

[152] Vgl. Frankfurter Neue Presse, 28.7. 1964: „Adschubej heute bei Erhard".

[153] Vgl. Ruhr-Nachrichten, 29.7. 1964: „Ein Schlagbaum stoppte Adschubej".

[154] Vgl. dazu und zum Folgenden Rheinische Post, 29.7. 1964: „Adschubej wartete nervös im Vorzimmer"; Ruhr-Nachrichten, 29.7. 1964: „Ein Schlagbaum stoppte Adschubej".

[155] Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Adschubej, 28.7. 1964, in: AAPD 1964/II, Dok. 212; Entwurf, 28.7. 1964, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1964; Erhard im Fraktionsvorstand, 28.7. 1964, in: LES, NE 739. Siehe dort auch zum Folgenden.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ßens noch eigens hinzu, „daß Deutschland mit der Sowjetunion kein Grenzproblem habe". Schließlich sagte er, wie sein Besucher genau registrierte, Verhandlungsbereitschaft über die bilateralen Handelsbeziehungen zu, ohne daran politische Bedingungen zu knüpfen.

Immerhin machte aber auch Adschubej eine interessante Konzession. Auf Erhards Vorstoß, die Sowjets sollten Ostberlin wenigstens zu menschlichen Erleichterungen für die Bevölkerung der DDR drängen, erklärte er leichthin, „darüber ließe sich reden". Diese Zusage war mindestens so gewichtig wie der Inhalt des abschließenden Vier-Augen-Gesprächs. Hier ging es noch einmal um die Frage eines Treffens der Regierungschefs. Auf Adschubejs Nachhaken sprach sich Erhard für Bonn als Ort einer Begegnung aus und beendete den bisherigen diplomatischen „Eiertanz" mit dem schlichten Satz, es sei ihm – wenn Chruschtschow kommen wolle – „eine Ehre und Freude, seine Einladung ausdrücklich und in aller Form zu wiederholen".

Eine direkte Verbindung mit seiner Forderung nach einer unbeschränkten Tagesordnung stellte der Bundeskanzler – anders, als er es später glauben machen wollte[156] – hier also nicht her[157]. Dies wurde durch die vom Regierungssprecher im Anschluß an den Gedankenaustausch verlesene Presse-Erklärung[158] nachgeholt, die am nächsten Morgen die Schlagzeilen der in- und ausländischen Zeitungen bestimmte[159]. „Chruschtschow kommt"[160], lautete die kürzeste Formel für jene Sensation, die in den kommenden Wochen die Phantasie vieler Menschen beschäftigen sollte. Einige Blätter wußten sogar schon zu berichten, daß das Gipfeltreffen noch im Herbst des Jahres stattfinden werde[161].

Es gab jedoch auch Zeitgenossen, die die Dinge weniger hochgestimmt verfolgten. Selbst westlichen Beobachtern fiel auf, „daß Ulbricht durch den Besuch Adschubejs in Bonn irritiert" wurde[162]. Die Führung der DDR war seit Mitte Juni über die sowjetischen Kontakte mit der Bundesregierung grob auf dem Laufenden gehalten worden. Sie hatte sowohl die von Groepper am 13. Juni übermittelte Botschaft Erhards an Chruschtschow als auch die Antwort Smirnows vom 27. Juli zur Kenntnisnahme erhalten[163]. Doch bereits die Pressemeldungen über die Entschuldigung der

---

156 Vgl. Erhard im Fraktionsvorstand, 28.7. 1964, in: LES, NE 739; Erhard in der Fraktion, 29.7. 1964, in: ACDP, VIII-001-1009/3.

157 Vgl. dazu auch den Runderlaß Carstens 30.7. 1964, in: PA/AA, Büro StS, VS-Bd. 428 (B 150, Aktenkopien 1964). Vgl. ferner den bereits der Sprachregelung folgenden Runderlaß Carstens, 3.8. 1964, in: Ebenda, Referat 704, Bd. 474 d.

158 Vgl. DzD, IV/10, S. 843.

159 Zur Reaktion der ausländischen Presse vgl. die Berichterstattung der Botschaften, 29./30.7. 1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd. 474 d.

160 Ruhr-Nachrichten, 29.7. 1964.

161 Vgl. ebenda sowie Telegraf, 29.7. 1964: „Chruschtschow kommt im Herbst".

162 Aufzeichnung Lang, 15.10. 1964, über die deutsch-französische Konsultation, 30.7. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd. 3124 (B 150, Aktenkopien 1964). Zur Reaktion der DDR vgl. auf der Grundlage veröffentlichter Materialien auch Michael J. Sodaro, Moscow, Germany, and the West. From Khrushchev to Gorbachev, London 1991, S. 61-64.

163 Vgl. SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Iswestija" wegen der Berichterstattung hinsichtlich der Angriffe Nordens auf Bundespräsident Lübke waren in „Pankow" mit Verärgerung aufgenommen worden. Der sowjetische Botschafter in Ostberlin sah sich genötigt zu versichern, „daß es keine Entschuldigung gab und daß kein Vertreter der ‚Iswestija' in die Moskauer Botschaft der Bundesregierung deswegen gegangen sei"[164]. Das war richtig und falsch zugleich, denn in der Tat war die Erklärung gegenüber dem Pressereferenten der westdeutschen Vertretung auf offener Straße vor dem Verlagshaus der „Iswestija" erfolgt[165].

Unbehagen verursachte aber vor allem die Mission des Chefredakteurs dieser Zeitung in der Bundesrepublik. Die DDR-Spitze erfuhr davon zunächst nicht mehr als die westliche Presse. Auffällig dünn war die Berichterstattung im „Neuen Deutschland"[166]. Allein die Fernseh-Sendung vom 29. Juli, in der Adschubej einige linientreue Worte für den deutschen Verbündeten fand, war dem Parteiblatt längere Ausführungen wert[167]. Die schließlich doch zugestandene persönliche Unterrichtung über die Besuchsergebnisse war von sowjetischer Seite gar nicht vorgesehen gewesen und mußte von der DDR erbeten werden, als Adschubej schon in der Bundesrepublik weilte[168].

Was der Schwiegersohn Chruschtschows dann auf der Durchreise am 1. August in Ostberlin mitzuteilen hatte, sprach Bände über die Gepflogenheiten im Umgang zwischen sozialistischen Verbündeten. Zunächst einmal gab er in dem Gespräch mit Norden, Winzer und dem stellvertretenden Chefredakteur des „Neuen Deutschland", Kertzscher, vor[169], seine Begegnung mit Ludwig Erhard sei Vorbedingung der ganzen Aktion gewesen. Dann behauptete er, das gesonderte Vier-Augen-Gespräch sei nicht auf seine Initiative zustande gekommen, sondern auf den Wunsch Westricks, „daß ich sozusagen zur Wahrung des Prestige für Erhard um diese intime Unterredung bitte". Die so gebotene Gelegenheit wollte der Mann aus Moskau zudem – ohne über den tatsächlichen Zweck auch nur ein Wort zu verlieren – für eine Attacke wegen des Auftretens von Botschafter Groepper gegenüber dem sowjetischen Regierungschef genutzt haben. Selbst Erhards gewagte Einlassungen zu den Grenzfragen drehte Adschubej noch so hin, als hätte er den Kanzler mit einem Hinweis auf die Garantien des Warschauer Vertrages zur Räson bringen müssen. Aber auch vor einer regelrech-

164 Vgl. Norden an Ulbricht, 20.7. 1964, in: Ebenda, Büro Norden, IV A 2/2.028.

165 Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 16.7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 393.

166 Vgl. die Artikel „Ultras wollen Besuch Adshubejs stören" (23.7.), „Adshubej sprach mit Bundeskanzler Erhard" (29.7.), „Adshubej lehrt westdeutschen Journalisten DDR sagen" (1.8.), „Gedanken nach einer Begegnung" (1.8.).

167 Vgl. Neues Deutschland, 30./31.7. 1964: „Adshubej: Einigung Sache der deutschen Staaten", bzw. „Chefredakteur Adshubej stellt im westdeutschen Fernsehen klar: Die DDR vertritt die Interessen des deutschen Volkes".

168 Vgl. Norden an Ulbricht, 20.7. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Norden, IV A 2/2.028.

169 Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung Schwab, 11.8. 1964 (Anlage zu Winzer an Dölling, 13.8. 1964), in: PA/AA, Bestand MfAA, A 1147. Vgl. auch Neues Deutschland, 2.8. 1964: „Albert Norden empfing Alexej Adshubej".

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Lüge schreckte Adschubej nicht zurück, als er behauptete, er habe dem Bundeskanzler das Wort „Ostzone" um die Ohren geschlagen und dabei sogar mit einem Abbruch des Gesprächs gedroht; in Wahrheit hatte er sich erst auf der Abschluß-Pressekonferenz in München gegen diese Bezeichnung verwahrt.

Dieses haltlose Gerede sollte zweifellos der Besänftigung der DDR-Führung dienen. Dasselbe wird man von den allzu durchsichtigen Schmeicheleien annehmen dürfen, daß die DDR „in der Bevölkerung Westdeutschlands anerkannt" sei und Ostberlin sich „kaum" von den Städten der Bundesrepublik unterscheide, während West-Berlin als „amerikanische Stadt" mit diesen „absolut nichts" gemeinsam habe. Offenkundig ist ferner, daß Adschubej mit der ostentativen Herabsetzung Ludwig Erhards die eigenen Abfälligkeiten über Walter Ulbricht kompensieren wollte. Wiederholt betonte er, der Kanzler habe kraftlos gewirkt und den Anschein erweckt, „er sei 80 Jahre alt". Diese Abwertung wurde noch verstärkt durch das gänzlich anders geartete Urteil über Franz Josef Strauß, der mit seinem bajuwarischen Temperament offenbar größten Eindruck auf den Russen gemacht hatte[170]. Interessant war schließlich, wie Adschubej seinen Gesprächspartnern das Petitum, einen weicheren Kurs in der Deutschlandpolitik einzuschlagen, beizubringen suchte: „Ingenieure, liberale Kreise, Menschen, die der Friedensunion nahestehen", so behauptete er scheinheilig, hätten ihn immer wieder auf das deutsch-deutsche Verhältnis angesprochen und erklärt, man müsse jetzt „andere Töne" anschlagen, „konstruktivere Lösungen" suchen und „die äußeren Formen" modifizieren. Die Avancen seines eigenen Landes gegenüber der Bundesrepublik glaubte er der DDR-Führung offenbar dadurch schmackhafter machen zu können, daß er ihre Hoffnungen auf eine Wiederzulassung der KPD im Westen nährte. „Vielleicht könnte man diese Frage etwas ventilieren", gab er zu bedenken: „Vielleicht vor dem Hintergrund einer Besserung der Beziehungen mit uns."

Das SED-Politbüro hatte diese Schönfärbereien eben zur Kenntnis genommen[171], als es von einem neuen Schlag getroffen wurde. Am 5. August erschien im „Spiegel" ein Interview, in dem Adschubej nicht nur den Bundeskanzler als einen „Mann, mit dem man reden kann", bezeichnete, sondern ausdrücklich ein Gespräch über die deutsche Frage und sogar einen geheimen Briefwechsel zwischen Erhard und Chruschtschow für denkbar erklärte[172]. In dem dazugehörigen Artikel wurde der Schwiegersohn außerdem mit seinem Kassandraruf wegen der aus China drohenden „mongolischen Gefahr" und mit der despektierlichen Bemerkung zitiert, „Ulbricht werde nicht mehr lange leben, er leide an Krebs"[173]. Wütend schlug die SED-Führung gleich am nächsten Tag im „Neuen Deutschland" auf das Hamburger Magazin ein[174]. Doch die Journalisten des „Spiegel" bekräftigten ihre Enthüllung noch[175], ver-

[170] Vgl. auch Adshubej, Gestürzte Hoffnung, S. 340f.
[171] Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 27, 4. 8. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Politbüro, J IV 2/2/942.
[172] Der Spiegel, 5. 8. 1964, S. 18.
[173] Ebenda, S. 20.
[174] Vgl. Neues Deutschland, 6. 8. 1964: „Geistig krank".
[175] Vgl. Der Spiegel, 19. 8. 1964, S. 18.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wiesen im vertraulichen Gespräch gar darauf, sie hätten die für Ulbricht besonders unangenehme Passage, er werde „nach spätestens zwei Jahren [...] sowieso abgetreten" sein, gnädig unterdrückt[176]. Das konnte sie freilich vor der Rache aus Ostberlin nicht schützen: Am 24. August wurde über die gesamte „Spiegel"-Redaktion ein Einreiseverbot für die DDR verhängt[177].

4. Sturz vor dem Gipfel: Spekulationen und Kalkulationen um einen Besuch, der niemals stattfand

Nur zehn Tage später sah sich die DDR-Spitze mit den Sensationsmeldungen der westlichen Presse konfrontiert, daß Chruschtschow die Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik offiziell angenommen habe[178]. Während die übrigen Satelliten Moskaus darüber, wie man annehmen durfte, kurz zuvor bei den ohne deutsche Beteiligung durchgeführten Prager Konsultationen vom Kremlchef persönlich informiert worden waren, mußte die DDR über den Korrespondenten des „Neuen Deutschland" in Bonn bei der dortigen sowjetischen Botschaft eine Unterrichtung erbitten[179]! Nur mit peinlicher Verspätung konnte der DDR-Rundfunk bestätigen[180], was Smirnow am 2. Septemer im Palais Schaumburg dem Bundeskanzler gesagt hatte. In dem Kanzleramtsminister Westrick ausgehändigten Aide-mémoire[181] wurde aufgrund der Ergebnisse der Adschubej-Mission erklärt, der sowjetische Regierungschef sei zu einem Gipfeltreffen bereit und schlage vor, über die diplomatischen Kanäle einen Termin zu vereinbaren.

Zu diesem Zeitpunkt waren in Bonn die Vorbereitungen für das Spektakel schon angelaufen. Dabei gab es keine Illusionen über die Motive des Kremlchefs und die möglichen Erfolgsaussichten, besonders hinsichtlich des Deutschland-Problems[182]. Immerhin glaubte man aber, auf sowjetischer Seite eventuell bestehende Fehleinschätzungen der Ernsthaftigkeit des deutschen Wiedervereinigungsstrebens korrigieren[183] und wenigstens „Entwicklungsmöglichkeiten der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Hinblick auf eine Lösung der deutschen Frage" ausloten zu können[184].

---

176 Vgl. Vermerk von Berg über Gespräch mit Spiegel-Korrespondent Jaene, 11.8. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Norden, IV A 2/2.028/34.

177 Vgl. Der Spiegel, 9.9.1964, S.3f.

178 Zu den Reaktionen der internationalen Presse vgl. die Drahtberichte der Botschaften, 4.9. 1964, in: BA, B 136, Bd.2089.

179 Vgl. Florin an Ulbricht, 27.10. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/322.

180 Vgl. Frankfurter Neue Presse, 5.9. 1964: „Unbehagen in der SED über den Bonn-Besuch Chruschtschows".

181 Vgl. die Übersetzung in: LES, NE 277. Für das Original vgl. BA, B 136, Bd.2089, Blatt 41.

182 Vgl. Kommentar der Diplomatischen Korrespondenz, 3.9. 1964, in: DzD IV/10, S.953f.; Runderlaß Ruete, 7.9. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, Bd.764.

183 Vgl. Runderlaß Carstens, 30.7. 1964, in: PA/AA, Büro StS, VS-Bd.428 (B 150, Aktenkopien 1964).

184 Aufzeichnung Ruete, 12.8. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd.3120 (B 150, Aktenkopien 1964).

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht ausgeschlossen wurde ferner, daß Chruschtschow bereit sein könnte, „in untergeordneten Fragen [...] mehr Konzilianz als früher zu zeigen"[185]. Unklarheit bestand jedoch in der Frage des für die Bundesregierung günstigsten Besuchstermins. Während Außenminister Schröder, der die Sache von Anfang an nicht zu sehr in den Vordergrund hatte rücken wollen[186], für ein frühes Datum noch im November plädierte[187], dachten Erhard und seine Berater eher an den Beginn des Jahres 1965[188]. Dabei spielte nicht zuletzt die Überlegung eine Rolle, erst eine ausreichende Konsultation der Verbündeten sicherzustellen und erste verbindliche Ergebnisse der Verhandlungen über die MLF, die geplante Atomstreitmacht der NATO, abzuwarten[189].

Wie wichtig vor allem der erste Gedanke war, hatte bereits die Reaktion des französischen Staatspräsidenten gezeigt. Mit dem für Bonn unangenehmen Angebot, in eine Aussprache über die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands einzutreten, hatte de Gaulle Mitte August deutlich zu verstehen gegeben, daß jeder westdeutsche Alleingang mit Moskau angesichts der allen vier Siegermächten zustehenden Vorbehaltsrechte gefährlich werden könnte[190]. Sofort gab sich Erhard alle Mühe, die Wogen zu glätten, und regte eine Begegnung mit dem General noch vor dem Treffen mit Chruschtschow an[191]. Das brachte ihm, obwohl er zum Ausgleich bald auch ein Vorgespräch mit Präsident Johnson ins Auge faßte[192], die alarmierte Kritik seines „atlantisch" orientierten Außenministers ein, der von einem „gaullistischen" Kniefall dringend abriet[193]. Keine Meinungsverschiedenheiten gab es jedoch über den deutsch-sowjetischen Gipfel als solchen[194]. Am 10. September lag ein erster Entwurf für das offizielle Einladungsschreiben an Chruschtschow vor[195], und selbst die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für den Staatsgast wurden bereits bedacht[196].

Doch nun entstanden weit größere Schwierigkeiten in Moskau. Am 6. September war auf den deutschen Techniker Horst Schwirkmann, der der Botschaft der Bundesrepublik zur Abwehr von Abhörversuchen des KGB beigeordnet war, ein Attentat

---

185 Ebenda.

186 Vgl. Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 31.7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2089, Blatt 14f.

187 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Schröder/McGhee, 15.9. 1964, in: AAPD 1964/II, S. 1015.

188 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/de Margerie, 10.9. 1964, in: Ebenda, S. 1005; Vermerk Hohmann, 10.9. 1964, in: LES, NE 277.

189 Vgl. Aufzeichnung Osterheld, 10.9. 1964, in: LES, NE 277. Vgl. auch Erhard an Johnson, 30.9. 1964, in: AAPD 1964/II, S. 1082; FRUS 1964–1968, Bd. XIII: Western Europe Region, Washington 1995, S. 78f.

190 Vgl. Aufzeichnung Jansen, 18.8. 1964, zum französischen Aide-mémoire vom Vortag, in: AAPD 1964/II, Dok. 234.

191 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/de Margerie, 10.9. 1964, in: AAPD 1964/II, Dok. 244.

192 Vgl. Die Welt, 7.10. 1964, „Bundeskanzler erwartet Johnson noch vor Chruschtschow in Bonn".

193 Vgl. Vermerk Westrick für Erhard, 11.9. 1964, in: LES, NE 277.

194 Vgl. Kölnische Rundschau, 7.8. 1964: „Kein Zwist zwischen Erhard und Schröder"; Die Zeit, 21.8. 1964: „Übelnehmen gilt nicht ..." (Interview Schröder).

195 Vgl. Aufzeichnung Ruete, 10.9. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, Bd. 764.

196 Vgl. Stuttgarter Zeitung, 8.9. 1964: „Sicherheitsmaßnahmen für Besuch Chruschtschows"; Vermerk Bachmann, 18.9. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2089.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verübt worden[197]. Ganz im Stil des Kalten Krieges hatte man den offenbar allzu erfolgreichen Spezialisten während eines Gottesdienstes im Kloster Sagorsk mit Senfgas angegriffen. Das Auswärtige Amt hatte die Sache fünf Tage lang geheimzuhalten versucht, bis erste Presseberichte[198] zu einem förmlichen Protest zwangen, der in einen mehrwöchigen Schlagabtausch mündete[199]. Offensichtlich war die sowjetische Regierung von der Geheimdienstaktion selbst überrascht worden[200], hatte jedoch nun ebenso wie die Bundesregierung ihr Prestige zu wahren. Erst nach harten Worten des Bundeskanzlers in der Öffentlichkeit[201] taten die Sowjets wohl das Äußerste, als sie schließlich die einem Schuldeingeständnis gleichkommende Zusage gaben, den Vorfall aufzuklären und bedauerten, „wenn derartige Taten begangen werden, die man schwerlich anders einschätzen kann denn als Versuch, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu komplizieren"[202].

Wer aber konnte daran Interesse haben? Nach dem Umsturz im Kreml wußte man mehr. Hinter den Kulissen liefen freilich noch ganz andere Intrigen, bei denen auch die Adschubej-Mission noch einmal eine besondere Rolle spielte. Wie der Schwiegersohn Chruschtschows in seinen Erinnerungen berichtet hat[203], rief ihn Anfang Oktober 1964 sein im Urlaub weilender Schwiegervater an, der ihn in auffälligem Geschäftston anwies, unverzüglich bei seinem amtierenden Stellvertreter Podgornyj vorzusprechen. Während dieser Begegnung mußte der „Iswestija"-Chef zu seiner Bestürzung schwerste Anklagen wegen seiner Deutschland-Reise vernehmen, die ihm aus einem Schriftstück vorgelesen wurden, das eine Aussage enthielt, die er in Westdeutschland gemacht haben sollte: „Was die Berliner Mauer anbelangt, so werde ich darüber sofort nach meiner Rückkehr mit Papa sprechen, und wir werden sie abreißen." Natürlich verwahrte sich der Journalist gegen die Verleumdungen und suchte ihre Quelle festzustellen. Der spätere Geheimdienstchef Andropow konnte ihm am Ende Aufschluß geben: Andropow selbst wollte die Informationen bei einer Begegnung mit polnischen KP-Funktionären erhalten haben, die sogar vorgegeben hätten, ein Tonband mit den anstößigen Äußerungen zu besitzen. Den eigentlichen Zweck der Aktion ließ jedoch erst nach der Absetzung Chruschtschows der Bericht eines seiner Mitarbeiter erkennen. Demnach war dem Regierungschef das heikle Dossier, anders als

---

197 Vgl. dazu Der Spiegel, 23.9. 1964, S.31f. Vgl. ferner John Barron, KGB. The Secret Work of Soviet Secret Agents, New York 1974, S.8.

198 Vgl. zum Hergang Aufzeichnung Kastl für Schröder, 13.9. 1964, in: PA/AA, Referat L 4, Bd.51. Vgl. ferner Tagesspiegel, 12.9. 1964: „Anschlag auf deutschen Beamten in Moskau"; FAZ, 16.9. 1964: „Affäre Schwirkmann".

199 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Schröder/Smirnow, 11.9. 1964, sowie die Protestnote, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd.242 bzw. VS-Bd.8420 (B 150, Aktenkopien 1964). Den weiteren Notenwechsel, 23.9., 29.9. und 10.10. 1964, vgl. in: Ebenda, Referat II 4, VS-Bd.3119.

200 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Carstens/Smirnow, 21.9. 1964, in: AAPD 1964/II, S.1042.

201 Vgl. etwa Wahlrede Hannover, 21.9. 1964, in: LES, NE 346; Pressekonferenz, 25.9. 1964, in: DzD IV/10, S.1024–1027.

202 Vermerk Kastl, 13.10. 1964, zur sowjetischen Note vom 10.10. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd.3119 (B 150, Aktenkopien 1964).

203 Vgl. zum Folgenden Adschubej; Gestürzte Hoffnung, S.341ff.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

üblich, durch einen Moskauer Kurier persönlich überbracht worden. Hätte er es – so hat Adschubej rückblickend vermutet – routinemäßig ohne genauere Kenntnisnahme abgezeichnet und nicht unmittelbare Aufklärung verlangt, wäre ihm wohl der Vorwurf gemacht worden, er habe die unverantwortlichen Aufschneidereien seines Schwiegersohnes gedeckt, den er auch noch zum Außenminister habe machen wollen.

Bekanntlich konnte sich Chruschtschow trotz aller Umsicht nicht retten. Über seine Ablösung wurde die SED-Führung – erstmals seit langem bei einer Neuigkeit von vergleichbarer Bedeutung – *vor* den westlichen Regierungen und Medien sowie vor allem vor der westdeutschen Regierung unterrichtet – und zwar durch Leonid Breschnew höchstpersönlich[204]. Schon zuvor hatten sich die „Königsmörder" mit Solidaritätsbekundungen für die DDR zu profilieren versucht: So hatte Kossygin Anfang Oktober 1964 mit demonstrativer Geste eine ostdeutsche „Geburtstagsausstellung" in Moskau[205] eröffnet, Suslow kurz darauf jedes politische Geschäft auf Kosten der DDR verdammt und Breschnew zuletzt noch anläßlich der Ostberliner Feiern zum 15. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober 1964 mit Ulbricht konferiert[206].

Stand aber ein deutschlandpolitisches Geschäft zwischen dem ukrainischen Bauernsohn und dem westdeutschen Wirtschaftsprofessor überhaupt je zur Debatte? Natürlich machte sich der Bonner Regierungschef keine Illusionen, mit Chruschtschow die deutsche Einheit aushandeln zu können[207]. Aber er rechnete doch immerhin mit einer Zwangssituation der Sowjets, die der eigenen Deutschlandpolitik Ansatzpunkte bieten konnte. Schon bei seinem Antrittsbesuch in den USA hatte der Bundeskanzler im Dezember 1963 seine Auffassung zu Protokoll gegeben, daß sich Chruschtschow angesichts des wachsenden Selbstbewußtseins der Satellitenstaaten, des zum offenen Machtkampf eskalierenden Streits mit den Chinesen und der wirtschaftlichen Herausforderungen im eigenen Land „tatsächlich in einer schwierigen Lage befinde"[208]. „An irgendeiner Stelle müsse Rußland nachgeben", glaubte er und erläuterte Johnson die bemerkenswerte Idee eines Stufenplans, „der gleichzeitig die Selbstbestimmung (und die Wiedervereinigung sei die natürliche Folge daraus) und deutsche Opfer einander gegenüberstelle". Es müsse doch, so lautete die tiefste Überzeugung des Marktwirtschaftlers, „einen Punkt geben, wo man sogar mit einem Kommunisten über den Austausch wirtschaftlicher und politischer Vorteile sprechen könne"[209].

---

[204] Vgl. Telefonnotiz Honecker/Breschnew, 15.10. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/322. Zur Unterrichtung Erhards vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 16.10. 1964, in: AAPD 1964/II, Dok. 286.

[205] Vgl. Neues Deutschland, 4.10. 1964: „Größte DDR-Schau im Ausland öffnete ihre Pforten".

[206] Vgl. Tatu, Macht und Ohnmacht im Kreml, S. 403 ff. Zur Bewertung vgl. auch Renata Fritsch-Bournazel, Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1979, Opladen 1979, S. 72.

[207] Vgl. Informationsgespräch Erhard/Gruson (Washington Post), 17.9. 1964, in: LES, NE 335.

[208] Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 28.12. 1963, in: AAPD 1963/III, S. 1677; dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch FRUS 1961–1963, Bd. XV, S. 660.

[209] Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 29.12. 1963, in: AAPD 1963/III, S. 1706. Vgl. auch FRUS 1961–1963, Bd. XV, S. 675.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Vorstellung bewegte Erhard seit langem. Schon als Wirtschaftsminister hatte er im August 1955 für die Moskaureise Adenauers ein auf innerdeutsche Erleichterungen zielendes Verhandlungspapier seines Hauses vorgelegt, das freilich über das Planungsstadium nie hinausgekommen war[210]. Ein ebenfalls ökonomisch fundiertes Kalkül stand offenkundig im Hintergrund der immer wieder propagierten These, zur Lösung der Deutschland-Frage bedürfe es Opferbereitschaft. Zugleich war es das entscheidende Argument für das beharrliche Bemühen, die bröckelnde Front des Westens bei der Verweigerung langfristiger Kredite an die UdSSR zu erhalten[211]. Erfolgsaussichten hatte sein Konzept – wie der Kanzler wußte – allerdings nur, wenn es in den Entspannungsdialog der Supermächte eingebunden würde. Noch Anfang Mai 1964 erklärte er dem amerikanischen Publizisten Walter Lippman, die USA müßten „auch einmal das Herz haben zu sagen, die deutsche Frage gehört eben auch dazu"[212].

Im selben Hintergrundgespräch räumte Erhard auch das innenpolitische Motiv seiner Überlegungen ein. Gegenüber Johnson und Rusk wies er vier Wochen später sogar ganz offen auf den herannahenden Termin der Bundestagswahlen von 1965 hin[213]. Als der Kanzler dies sagte, war das Scheitern seiner Deutschland-Initiative bereits absehbar. Der amerikanische Präsident selbst hatte die Westdeutschen durch den in der „Quick" veröffentlichten Appell zur Verständigung mit den Sowjets zusätzlich verunsichert. Beides, Johnsons unmißverständliche Aufforderung ebenso wie der Druck der öffentlichen Meinung, dürfte den Bonner Regierungschef bewogen haben, nun seinerseits den Kontakt mit Chruschtschow zu suchen. Für ihn bestand ohnehin kein Zweifel, daß die Deutschlandfrage der „innere und feste Kern" sei, auf den jede Entspannungspolitik notwendig stoßen mußte, und er war ebenso gewiß, sich hier in voller Übereinstimmung mit Washington zu befinden[214]. Sollte dies in einer Art deutsch-amerikanischen Arbeitsteilung nicht auch in Moskau klarzumachen sein?

Das erste Ziel eines Gipfeltreffens war es daher, den sowjetischen Regierungschef davon zu überzeugen, daß jede Hoffnung auf eine Preisgabe des Einheitspostulats vergeblich sei. Noch am 15. Oktober 1964, kurz bevor der Machtwechsel im Kreml bekannt wurde, gab der Kanzler vor dem Bundestag seiner Hoffnung Ausdruck, daß Chruschtschow dann vielleicht abwägen werde, „ob ein wiedervereinigtes Deutschland nicht auch für die Sowjetunion ein besserer Partner wäre als eine durch widerrechtliche und widernatürliche Spaltung zur Unruhe verurteilte deutsche Na-

---

210 Vgl. Aufzeichnung „Die Stellung der Wirtschaftspolitik in der politischen Zielsetzung der Moskauer Gespräche", 23.8. 1955, in: BA, NL Brentano, Bd. 170; gedruckt: Alfred Müller-Armack, Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke, Tübingen/Stuttgart 1971, S. 81–90.

211 Vgl. etwa AAPD 1963/III, S. 1360f., 1450f., 1609f. und 1678f.; AAPD 1964/I, S. 63–66 und 330. Vgl. auch Angela Stent, Wandel durch Handel. Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1983, S. 125–130.

212 Informationsgespräch Erhard/Lippman, 5.5. 1964, in: LES, NE 335.

213 Vgl. die Gesprächsaufzeichnungen vom 12.6. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 647 bzw. 652.

214 Erhard vor der Fraktion, 23.6. 1964, in: ACDP, VIII-001-1009/3. Vgl. auch Interview Erhard/Oakes (New York Times), 29.6. 1964, in: LES, NE 340/22.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion"[215]. Dem Kremlchef diesen Gedanken nahezubringen, war daher ein weiteres Ziel der geplanten Begegnung. In diesem Zusammenhang hatten die gegenüber Adschubej abgegebenen Versicherungen hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen ihren Sinn. Dem gleichen Zweck diente zweifellos die bei demselben Anlaß bekräftigte Bereitschaft zur Verbesserung der Handelsbeziehungen. Schließlich paßte auch das Vorhaben in diesen Rahmen, bei Chruschtschow mögliche Befürchtungen wegen der westdeutschen Avancen gegenüber den Ostblock-Staaten zu zerstreuen. Er habe „immer die Sorge", gestand Erhard Mitte September, „daß wirklich diese deutschen Bemühungen aufgefaßt werden, als ob wir sozusagen die aufhetzen und ihre Verbindungen mit Moskau unterwühlen wollten"[216].

Konkrete Ergebnisse erwartete der Bundeskanzler, wie er auch bei dieser Gelegenheit erklärte, von dem Besuch Chruschtschows noch nicht. Allenfalls in bezug auf Berlin ließen sich seiner Ansicht nach „vielleicht einige Randfragen schon etwas näher präzisieren", womit wohl die Einbeziehung in bilaterale Verträge gemeint war. Ferner wollte Erhard den Kremlchef – wie er es schon gegenüber dessen Schwiegersohn getan hatte – drängen, „ob er nicht auf seinen Freund Ulbricht Einfluß ausüben kann, daß diese Unmenschlichkeiten endlich einmal aufhören". Einen direkten deutschlandpolitischen Vorstoß aber plante der Kanzler nicht, wohl wissend, daß sich Chruschtschow im Freundschaftsvertrag mit der DDR „mindestens äußerlich" noch einmal so festgelegt hatte, „daß wenig übrigbleibt". Auch den Traum vom großen Tauschgeschäft wollte er für sich behalten, obwohl er ihn weiterhin hegte. „Um Gottes Willen, da kann man vielleicht dran denken, aber nicht darüber sprechen!", lautete seine nüchterne Einsicht[217].

Und der sowjetische Regierungschef? Endgültigen Aufschluß über die Absichten Chruschtschows können nur die Moskauer Akten geben. Die gegenwärtige Quellenlage erlaubt jedoch immerhin eine Annäherung. Schon die seinerzeit bekanntgewordenen Äußerungen gaben bei ruhiger Betrachtung wenig Anlaß zu den in der westlichen Öffentlichkeit kursierenden Gerüchten. Gerade im Sommer 1964 machte Chruschtschow mehrfach deutlich, daß er nicht bereit war, gegenüber der Bundesrepublik von jenem Kurs aus Verständigungsbereitschaft und Härte abzugeben, den bereits im März des Jahres die Koinzidenz des von Smirnow überbrachten Gesprächsangebots und der „TASS"-Erklärung zur Deutschland-Frage sichtbar gemacht hatte. Wörtlich zitierte er am 12. Juni, dem Tag der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit der DDR, aus der letzteren den Vorwurf, die Bonner Politik sei „die aggressivste und abenteuerlichste in Europa". Andererseits erkannte er aber an, daß „sogar in den Reihen der westdeutschen Bourgeoisie" der Wunsch nach Entspannung vorhanden sei, und erneuerte seine Bereitschaft zu „Freundschaft und Zusammenarbeit in friedlichem Wirkungskreis". Zugleich verwahrte er sich jedoch heftig gegen jede deutschlandpolitische Vorbedingung, verwies auf die festgegründete Existenz der

[215] BT, Stenographische Berichte, Bd. 56, S. 6786D.
[216] Informationsgespräch Erhard/Gruson (Washington Post), 17. 9. 1964, in: LES, NE 335.
[217] Ebenda.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR und riet der Bundesregierung ostentativ, „dieser für sie zwar unangenehmen, jedoch völlig realen Tatsache Rechnung zu tragen"[218]. Im selben Sinne äußerte er einige Tage darauf während seiner Rundreise durch Skandinavien, die DDR werde „nicht verschwinden, wie manche es vielleicht wünschen", sondern werde „eine große und starke Republik werden"[219]. Auch hier bekräftigte er aber die Bereitschaft, „extensive Kontakte zur Bundesrepublik zu entwickeln"[220]. An eben dem Tag, da sein Schwiegersohn in der Bundesrepublik eintraf, wetterte Chruschtschow dann wie zur Einstimmung erneut gegen die angeblich kriegslüsternen „imperialistischen Kräfte", die die sozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen trachteten[221].

Auch die Ende der sechziger Jahre entstandenen und inzwischen in ihrer Authentizität gesicherten Erinnerungsberichte des pensionierten Sowjetführers lassen nirgends erkennen, daß er in bezug auf Deutschland je mit etwas anderem als einem Sieg des Sozialismus gerechnet hätte[222]. Die aus den west- und ostdeutschen Akten rekonstruierbaren deutschlandpolitischen Äußerungen und Initiativen ergeben kein anderes Bild. Danach dachte der Kremlchef nicht an substantielle Zugeständnisse. Im Gegenteil, er hoffte offenbar, nach dem Durchbruch zur Entspannungspolitik nun auf kaltem Weg jene Fixierung des Status quo in Deutschland zu erreichen, die er durch das ultimative Verlangen nach einer formellen Friedensregelung während der Berlin-Krise nicht hatte erzwingen können. Waren nicht die in den blutigen Strudel des Vietnam-Kriegs geratenen USA endlich zum bilateralen Arrangement bereit, und ließen sie nicht den in der Deutschlandpolitik um Profilierung ringenden Nachfolger Adenauers eine entspannungspolitische „Kröte" nach der anderen schlucken? „Johnson mit seinem Kasernenhofton hat grob auf Bonn gedrückt: Sprecht mit der Sowjetunion!", frohlockte Chruschtschow Ende Mai 1964 mit Blick auf das „Quick"-Interview und fügte hinzu: „Wir haben keine Aussichten auf Vereinbarungen. De Gaulle möchte, daß wir das jetzt eingestehen. Alles soll bleiben, wie es ist. Er hat im Grunde recht."[223]

Hier lag das Fundament der Überlegungen des Kremlführers. Dies war die Basis, auf der der Freundschaftsvertrag mit der DDR seine weit über die Zonengrenze hinausgehende Bedeutung erhielt, wie er Walter Ulbricht am 11. Juni mitteilte: „Es ist zu erwarten, daß Bonn gegenüber der DDR frecher werden wird. Gleichzeitig werden sie uns Verbeugungen machen. Darum ist der Vertrag wichtig. Den revanchistischen Kreisen in Bonn wird klargemacht, daß sich militärisch nichts ändert, daß wir an

---

218 Rede Chruschtschow, 12.6. 1964, in: DzD IV/10, S. 690f.

219 Neues Deutschland, 19.6. 1964: „Erkennen Sie die DDR an!"

220 FAZ, 22.6. 1964: „Chruschtschow legt sich Zurückhaltung auf".

221 Rede Chruschtschow in Warschau, 20.7. 1964, in: Neues Deutschland, 23.7. 1964: „Polen schuf ein wahres Wunder".

222 Vgl. Chruschtschow erinnert sich, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, S. 454–462; Khrushchev Remembers. The Last Testament, ed. by Strobe Talbott, London 1974, S. 500–509; Khrushchev Remembers. The Glasnost Tapes, Foreword by Strobe Talbott, translated and ed. by Jerrold C. Schecter with Vyacheslav V. Luchkov, Boston/Toronto/London 1990.

223 Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 30.5. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Grenzen zusammenstehen. Das ist von eminenter Bedeutung für die Stabilisierung der Lage der DDR und die Schwächung der revanchistischen Hoffnungen in Bonn und in den Vereinigten Staaten"[224].

Chruschtschow glaubte, die Bundesregierung sei in einer Zwangslage, die er im direkten Anlauf auszunutzen trachtete. Es ging darum, nach den Westmächten endlich auch die Westdeutschen zum pragmatischen Dialog unter Zurückstellung der strittigen Grundsatzfragen zu bewegen. Genau dies war bekanntlich auch der Tenor der verschiedenen persönlichen Botschaften an Ludwig Erhard. Nichts anderes verbarg sich hinter den Kontakten über die Militärattachés in London, die Chruschtschow am 11. Juni gegenüber Ulbricht ebenfalls erwähnte. Nach einer ersten Begegnung Anfang des Monats regte die sowjetische Seite sechs Wochen darauf, noch ehe Adschubejs Termin beim Kanzler feststand, eine weitere Zusammenkunft an und ließ am 27. Juli offizielle Angaben über ihre Absichten übermitteln. Danach hielt es die Sowjetregierung für „wünschenswert, auch in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik die Normalisierung und Entspannung zu erreichen, wie es mit anderen Ländern des Westens bereits gelungen sei". Wie stets verwahrte sie sich gegen „unerfüllbare Vorbedingungen", zu denen sie vor allem jede Erwartung auf einen Bruch mit der DDR oder eine Preisgabe der Oder-Neiße-Grenze zählte. Andererseits sah sie unterhalb dieser Ebene genügend Spielraum für eine Verständigung und leitete daraus ihr Interesse an einem Gipfeltreffen her. Der innenpolitische Rückhalt Erhards wurde als „ausreichend stark" für eine Überwindung etwaiger Widerstände gehalten und dazu großmütig versichert, die UdSSR „würde bemüht sein, ihn hierbei nicht in Verlegenheit zu bringen"[225].

In diesen Rahmen gehörte schließlich auch die Mission Alexej Adschubejs in der Bundesrepublik. Ihr wesentlicher Zweck war es offenbar, die westdeutsche Festung sturmreif zu schießen. Doch so erfolgreich der Schwiegersohn in Bonn auch operierte, einige seiner Schüsse gingen über das Ziel hinaus und richteten schwere Schäden im eigenen Lager an. In der aufgeregten Stimmung des Sommers 1964 entstand der irrige Eindruck, Chruschtschow sei zu Konzessionen genötigt. Dabei empfand dieser am Vorabend seines Sturzes das genaue Gegenteil. Einer seiner engsten Berater hat berichtet, er habe seinen Chef „nie so glücklich und zufrieden gesehen" wie bei seiner letzten Auslandsreise in die Tschechoslowakei Ende August/Anfang September 1964: „Es schien sogar, als sei er stärker von sich überzeugt als jemals zuvor."[226] In eben dieser Zeit fiel die Entscheidung zur Annahme der Einladung in die Bundesrepublik. Chruschtschow mag dabei geglaubt haben, durch einen entspannungspolitischen Coup mit Bonn das Kuba-Debakel vergessen zu lassen und zugleich im Streit mit Peking die entscheidende Rechtfertigung seiner Koexistenz-Politik gewinnen zu können.

---

[224] Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 11.6. 1964, in: Ebenda.

[225] Aufzeichnung Holtorff, 29.7. 1964 (Anlage zu Thierfelder an AA, 30.7. 1964), in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd. 3961 (B 150, Aktenkopien 1964).

[226] Fjodor Burlazki, Chruschtschow. Ein politisches Porträt, Düsseldorf 1990, S. 278f.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So ist anzunehmen, daß bei dem deutsch-sowjetischen Gipfel, wäre er denn zustande gekommen, auf keiner Seite entscheidende Positionsverschiebungen zu erwarten gewesen wären. Ein sachliches Ergebnis hätte allenfalls, wie auch die DDR-Führung im Nachhinein erfuhr[227], in einer pragmatischen Lösung für die Einbeziehung West-Berlins in einen neuen Handelsvertrag liegen können. Darüber hinaus dürfte Chruschtschow lediglich geplant haben, zur rechten Zeit die Rehabilitierung der Wolga-Deutschen zu präsentieren, die er bereits am 29. August 1964 verfügt, jedoch interessanterweise geheimgehalten hatte[228].

Doch es kam alles anders. Nikita Chruschtschow wurde gestürzt, seine Nachfolger zeigten an der westdeutschen Einladung kein Interesse mehr. Vor allem aber geriet nun die deutsche Frage unaufhaltsam ins Abseits. Die letzte gemeinsame Deutschland-Erklärung der drei Westmächte, die am 12. Mai 1965 veröffentlicht wurde[229], hatte mit der von der Bundesregierung gewünschten Initiative nichts mehr gemein. Der DDR erging es kaum besser. Zwei Monate später, am 20. Juli 1965, mußte sich Staatssekretär Michael Kohl von seinem sowjetischen Kollegen Semjonow sagen lassen, man könne in den deutschen Angelegenheiten nicht ständig protestieren, „denn wenn einem Protest keine Tat folgt, werde das Prestige des protestierenden Staates abgewertet. Die UdSSR könne sich das nicht leisten." Zwar sei es verständlich, daß sich die DDR manchmal mehr wünsche, doch sei zu berücksichtigen, „daß sich die UdSSR in einer etwas anderen Lage befinde und die Dinge vom weltpolitischen Aspekt sehen müsse"[230]. Die Übereinstimmung mit der Position der westlichen Supermacht ist evident.

Als vier Jahre später erstmals wieder eine direkte Verbindung zwischen dem Bonner Kanzleramt und dem Kreml geknüpft wurde, ging es nur noch um die Modalitäten des Status quo. Doch die Fäden, die diese Verbindung ermöglicht hatten, waren aus einem Garn gesponnen, das sich schon bei den Vorbereitungen für die Adschubej-Mission bewährt hatte. Der Ende 1969 eingerichtete „geheime Kanal" zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew, der für den Abschluß des Moskauer Vertrags im folgenden Jahr entscheidend werden sollte, wurde nämlich wieder über Heinz Lathe und Walerij Lednew hergestellt[231]: dieses Mal aber mit erheblich weitreichenderen geschichtlichen Folgen.

---

227 Vgl. Vermerk Hüttner, 12.11.1964, über Gespräche mit dem Prorektor des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen, Rosanow, in: PA/AA, Bestand MfAA, A 00165, Mikrofiche 1.

228 Vgl. Le Monde, 7.1.1965: „Les Allemandes de la Volga sont rehabilités, mais leur République ne sera pas rétablie". Vgl. auch Tatu, Macht und Ohnmacht im Kreml, S. 393.

229 Vgl. DzD IV/11, S. 595 f.

230 Gesprächsvermerk Kohl, 22.7.1965, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

231 Vgl. Wjatscheslaw Keworkow, Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik, Berlin 1995, S. 36–62.

Jahrgang 44 (1996), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte